

WIRTSCHAFTSUNIVERSITÄT BRATISLAVA
FAKULTÄT FÜR ANGEWANDTE SPRACHEN

Evidenznummer: 106007/M/2022/36109009328017668

Wirtschaft der BRD 30 Jahre nach der Wende

Diplomarbeit

2022

Simona Ježíková

WIRTSCHAFTSUNIVERSITÄT BRATISLAVA
FAKULTÄT FÜR ANGEWANDTE SPRACHEN

Wirtschaft der BRD 30 Jahre nach der Wende

Diplomarbeit

Studiengang: Fremdsprachen und Interkulturelle Kommunikation

Studienfach: Philologie

Bildungseinrichtung: Lehrstuhl für deutsche Sprache

Betreuer der Abschlussarbeit: Ing. Mgr. Magdaléna Paté, PhD.

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich, Simona Ježíková, dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbstständig verfasste und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel verwendete.

Datum: 14.04. 2022 in Nová Dubnica

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ježíková', written in a cursive style.

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich vor allem bei der Betreuerin dieser Arbeit, Frau Ing. Mgr. Paté, PhD., für ihre wertvollen Ratschläge, Kommentare, Zeit, Geduld und Fachkenntnisse herzlich bedanken.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	8
1 Gegenwärtiger Stand der untersuchten Problematik	9
1.1 Der Sozialismus und Planwirtschaft in der DDR	9
1.1.1 Begriffserklärung.....	9
1.1.2 Essentielles Wirtschaftsmodell des Sozialismus: die Zentralverwaltungswirtschaft.....	10
1.1.3 Zentralverwaltungswirtschaft in der Deutsche Demokratischen Republik (1949 – 1989)	11
1.1.4 Sozialismus und wirtschaftlicher Wohlstand	14
1.2 Kapitalistische Theorien.....	16
1.2.1 Varianten des Kapitalismus.....	16
1.3 Grundlagen der wirtschaftlichen Transformation.....	21
2 Ziel, Methodik und Untersuchungsmethoden	24
3 Ergebnisse der Arbeit	26
3.1 Deutsche wirtschaftliche Wiedervereinigung und seine Folgen	26
3.1.1 Deindustrialisierung und Modernisierungsprozess Ostdeutschlands	27
3.1.2 Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt	31
3.1.3 Landwirtschaft.....	35
3.1.4 Umweltschutz.....	37
3.1.5 Außenhandel	41
3.1.6 Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes und weitere Wohlfahrtindikatoren	46
3.2 Zwei-Länder-Vergleich: Ostdeutschland und die Slowakei.....	50
3.2.1 Die wirtschaftliche Transformation und die daraus resultierenden Probleme in der Slowakei	50
3.2.2 Gemeinsamkeiten.....	53
3.2.3 Unterschiede	55
Fazit	58
Resümee	60
Literaturverzeichnis.....	63

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren in Ostdeutschland	28
Abbildung 2: Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren in Westdeutschland	29
Abbildung 3: Börsennotierte Unternehmen	30
Abbildung 4: Arbeitslosenquoten in Prozent	32
Abbildung 5: Renteneintritte aus Beschäftigung und Schulabsolventen	33
Abbildung 6: Höhe des Bruttodurchschnittslohns je Beschäftigten* in Ost- und Westdeutschland von 1996 bis 2020	34
Abbildung 7: Ökologischer Fußabdruck. Ländervergleich	40
Abbildung 8: Vergleich von West- und Ostdeutschland vor der Wiedervereinigung im Jahr 1988 bzw. 1989	43
Abbildung 9: Export, Import und Exportüberschuss in absoluten Zahlen, 1996 bis 2020	45
Abbildung 10: Exportquote in der Gesamtwirtschaft	45
Abbildung 11: Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner	46
Abbildung 12: Wohlfahrtsindikatoren des Angleichungsprozesses	47
Abbildung 13: Bruttoinlandsprodukt je Einwohner – G7 Länder	48
Abbildung 14: Wirtschaftsentwicklung der Slowakei und Tschechiens 1990-1999. Eigene Darstellung	52

Abstrakt

JEŽÍKOVÁ, Simona: Wirtschaft der BRD 30 Jahre nach der Wende. – Wirtschaftsuniversität Bratislava. Fakultät für angewandte Sprachen; Lehrstuhl für deutsche Sprache. – Betreuer der Abschlussarbeit: Ing. Mgr. Magdaléna Paté, PhD., – Bratislava: FAJ, 2022, 67.

Das Ziel der Bachelorarbeit ist es, die einzigartige Situation in der Entwicklung der deutschen Wirtschaft nach der Wende zu analysieren und die Unterschiede und Gemeinsamkeiten mit der slowakischen Transformationsprozess darzustellen. Im ersten Kapitel werden zuerst die Grundlagen zum Verständnis der zwei Wirtschaftssystemen, und zwar des Sozialismus und Kapitalismus vermittelt. Nachfolgend wurde in dem theoretischen Teil der Arbeit der Transformationsprozess definiert. Der nächste Teil der Abschlussarbeit beschäftigt sich mit dem Ziel und mit der Methodologie der Arbeit und dazu festgestellter These. Der dritte Gliederungspunkt geht anschließend auf den wirtschaftlichen Transformationsprozess in Ostdeutschland, die Transformationskrise und den ökonomischen Aufholprozess in den neuen Bundesländern ein. Darauffolgend wird der wirtschaftliche Transformationsprozess in der Slowakei gewürdigt und auf die krisenhafte Entwicklung auch in diesem Land eingegangen. Zuallerletzt wird den Hauptaugenmerk schließlich auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden Länder bezüglich ihrer wirtschaftlichen Transformation geworfen.

Schlüsselwörter: Ostdeutschland, Transformation, Transformationsprozess, Sozialismus, Kapitalismus, Marktwirtschaft, Wiedervereinigung, Trennung

Abstrakt

JEŽÍKOVÁ, Simona: Wirtschaft der BRD 30 Jahre nach der Wende. – Wirtschaftsuniversität Bratislava. Fakultät für angewandte Sprachen; Lehrstuhl für deutsche Sprache. – Betreuer der Abschlussarbeit: Ing. Mgr. Magdaléna Paté, PhD., – Bratislava: FAJ, 2022, 67 s.

Cieľom bakalárskej práce je oboznámiť čitateľa s transformačným procesom východného Nemecka a predstaviť rozdiely a podobnosti so slovenským transformačným procesom. V prvej kapitole sú uvedené základy pre pochopenie dvoch sociálnych systémov, a to socializmu a kapitalizmu. Súčasťou teoretickej časti práce je tak isto i definícia transformačného procesu. Ďalšia časť diplomovej práce sa zaoberá cieľom, metodikou tejto práce a taktiež i stanoveným tézom. Tretia časť pojednáva o procese ekonomickej transformácie vo východnom Nemecku, transformačnej kríze a procese ekonomického dobiehania západu novými spolkovými krajinami. Následne sa bližšie analyzuje proces ekonomickej transformácie na Slovensku so zreteľom na krízové oblasti tejto krajiny. V neposlednom rade sa pozornosť sústreďuje na podobnosti a rozdiely medzi Slovenskom a východným Nemeckom z hľadiska ich ekonomickej transformácie.

Kľúčové slová: východné Nemecko, transformácia, transformačný proces, socializmus, kapitalizmus, trhové hospodárstvo, zjednotenie, rozdelenie

Einleitung

Nachdem Deutschland in 1945 kapitulierte und somit der 2. Weltkrieg endete, wurde in der Sowjetischen Besatzungszone 1949 die Deutsche Demokratische Republik gegründet. Ein sozialistischer Staat, der nach dem Prinzip der Planwirtschaft geleitet wurde.

Das erste Kapitel der Abschlussarbeit befasst sich mit der historischen Entstehung des sozialistischen Konzepts von Karl Marx und erläutert wie genau das Planungssystem in Ostdeutschland aufgebaut war. In dem folgenden Teilbereich werden die historischen Ausführungen und die theoretischen Grundgedanken des Kapitalismus näher beleuchtet. Es wird darauf eingegangen, wie sie sich auf unterschiedlichen Arten und Weisen in den verschiedenen Ländern entwickelten. Da es am Ende der 1980er Jahre zu dem Ende des Sozialismus in Osteuropa kam, werden auch die Grundlagen zum Verständnis der wirtschaftlichen Transformation im Rahmen der theoretischen Kapitel vermittelt, wobei der Begriff der Transformation näher definiert wird.

Das wirtschaftliche System als auch die gesellschaftliche Ordnung in Ostdeutschland wurden zwar nach der Wiedervereinigung blitzartig an den westdeutschen Stand angepasst, doch bedeutete die staatliche Vereinigung nicht automatisch die innere Einheit. Zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht war das Gefälle zu groß. Folgen der veralteten Produktionsverfahren in der ostdeutschen Industrie waren ein extrem hoher Rohstoffverbrauch, die daraus resultierende Klimabelastung und konkurrenzunfähige Produkte. Angesichts dessen widmet sich der praktische Teil der Arbeit zuerst dem wirtschaftlichen Aufholprozess der neuen Bundesländer. Die wichtigsten Wirtschaftszweige werden umfassend behandelt und ihre Entwicklung in letzten 30 Jahren näher analysiert. Leitende Fragestellungen kristallisierten sich dabei folgendermaßen heraus: Wie steht es mit der deutschen wirtschaftlichen Einheit heute? Wie unterscheiden sich ökonomisch West- und Ostdeutschland? Was glich sich an und welche Unterschiede gibt es immer noch?

Da wir davon überzeugt sind, dass ein Vergleich mit anderem Transformationsland angemessener wäre als die Fixierung auf eine Angleichung an das ökonomische Niveau Westdeutschlands, ziehen wir nachfolgend als der Gegenpol zu Ostdeutschland die Slowakei heran, die uns am passendsten erschien. Zuallerletzt stellt die Arbeit die Slowakei und Ostdeutschland in Anbetracht ihrer wirtschaftlichen Transformation gegenüber und deutet auf ihre Unterschiede und Gemeinsamkeiten hin.

Vor diesem Hintergrund verfolgte die Diplomarbeit das Ziel, den Leser mit dem Transformationsprozess Ostdeutschlands bekanntzumachen, als auch dessen Verlauf mit der slowakischen Transformationsprozess in Vergleich zu setzen.

1 Gegenwärtiger Stand der untersuchten Problematik

1.1 Der Sozialismus und Planwirtschaft in der DDR

1.1.1 Begriffserklärung

Vor dem Einstieg in das eigentliche Thema halte ich für annehmbar, eine kurze Begriffserklärung bezüglich Sozialismus voranzustellen. Was ist eigentlich Sozialismus?

Sozialismus ist ein primär von Karl Marx und Friedrich Engels entworfenes Gesellschaftssystem. Der Duden definiert Sozialismus als „nach Karl Marx die dem Kommunismus vorausgehende Entwicklungsstufe, die auf gesellschaftlichen oder Staatlichen Besitz der Produktionsmittel und eine gerechte Verteilung der Güter an alle Mitglieder der Gemeinschaft hinzielt“ (<https://www.duden.de>).

Die englische Version von Duden, Merriam Webster, definiert Sozialismus folgendermaßen: „Sozialismus ist ein Gesellschaftssystem oder Gruppenleben ohne Privateigentum, in dem der Staat die Produktionsmittel besitzt und kontrolliert“ (<https://www.merriam-webster.com>).

Laut Professor des Managements an der Loughborough Universität in London, Geoffrey Hodgson, Sozialismus bedeutet die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Zurückdrängung von Märkten zugunsten staatlicher Planung und Zuteilung (Hodgson 2019). Es sollte auch nicht unerwähnt bleiben, dass das Herz des Sozialismus liegt in der Ökonomie. „Zentrale Themen des Sozialismus sind Eigentumsrechte, Entscheidungen über den Einsatz von den Produktionsmitteln und die Einkommensverteilung. Um diesen zentralen Kern herum befindet sich die Peripherie von politischen, sozialen, religiösen und anderen Themen“ (Sedlačko, 2003, S. 80).

Und worin liegt der Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus? Karl Marx, Friedrich Engels und ihre Anhänger haben nicht zwischen Sozialismus und Kommunismus unterschieden. Engels hat selbst gesagt, dass *Das kommunistische Manifest* genauso gut auch *Das sozialistische Manifest* heißen können hätte (Hodgson, 2019).

Diese beiden Begriffe galten lange Zeit als Synonyme. Als Lenin an die Macht kam, kam es allerdings zu einer Begriffsverschiebung. „Marx und Engels unterschieden zwar nicht zwischen Sozialismus und Kommunismus, aber sie differenzierten bei der neuen Gesellschaftsordnung, die ihnen vorschwebte, zwischen einer Übergangsphase und einem utopischen Endstadium. Letzteres solle eine Gesellschaft ohne Staat, ohne Geld und ohne soziale Klassen

sein. Lenin ging später dazu über, den Begriff Sozialismus mit der Übergangsphase und den Begriff Kommunismus mit dem Endstadium zu verbinden“ (Niemietz, 2019, S.33).

Kommunismus und Sozialismus sind also zu unterschiedlichen Entwicklungsstufen der sozialistischen Gesellschaftsordnung geworden. Um verschiedene Ideologien handelt es sich allerdings nicht.

Im Folgenden möchte ich beleuchten, wie Marx und Engels beabsichtigt hatten, viele soziale und gesellschaftliche Probleme mit Hilfe von Sozialismus zu lösen. Um richtig zu verstehen wie genau das Planungssystem in der Tat umgesetzt werden soll, ziehe ich im Weiteren die DDR als exemplarisches Beispiel heran. Zum Schluss dieses Kapitels erklärt diese Diplomarbeit, wieso die sozialistische Planwirtschaft bisher ausnahmslos gescheitert hat.

1.1.2 Essentielles Wirtschaftsmodell des Sozialismus: die Zentralverwaltungswirtschaft

In früherem Teil der Diplomarbeit wird dargelegt, dass laut Marx die Wirtschaft erst ohne Privateigentum an Produktionsmitteln auf Basis des gemeinschaftlichen Produktionsplanes funktionieren würde. Es lässt sich jetzt darstellen, warum Marx die Zentralverwaltungswirtschaft effizienter als Marktwirtschaft betrachtet, und wie Marx zufolge die ungerechte Aufteilung der Gesellschaft in Klassen aufgelöst werden soll.

Am Anfang muss ich hervorheben, dass Marx die Theorie der sozialistischen Planwirtschaft nur minimalistisch ausgearbeitet hat. Diese Tatsache zwar erschwert eine genaue marxistische Definition, aber folgende Fakten sind unstrittig. Bei der Darstellung der wirtschaftlichen Vorzüge der Planwirtschaft beziehe ich mich auf die Arbeit von Prof. Dr. Šik: *„Wirtschaftssysteme: Vergleiche – Theorie – Kritik“*.

Bei der Planwirtschaft handelt es sich um eine Wirtschaftsordnung, in der über die Nutzung knapper Ressourcen (Arbeit, Boden und Kapital) eine zentrale Instanz entscheidet. Im Gegensatz zur Zentralverwaltungswirtschaft (ZVW) werden in der Marktwirtschaft diese Entscheidungen dezentral getroffen, bzw. in der Eigenverantwortung von den Einzelunternehmen.

Man unterscheidet zwischen sozialistischen und kapitalistischen Zentralverwaltungswirtschaften. Sozialistische ZVW basiert auf einem kollektiven Eigentum an Produktionsmitteln, das staatlich geregelt ist. Auf der anderen Seite kapitalistische ZVW basiert auf privatem Eigentum an Produktionsmitteln, wobei auch zentral gestellte Pläne zu erfüllen sind.

Die Theorie des Marxismus behandelt vor allem die sozialistische ZVW. In folgenden Stichpunkten wird näher erläutert, was genau in der sozialistischen ZVW zentral gesteuert wird:

- die Abstimmung zwischen Angebot und Nachfrage
- die Verteilung von Ressourcen auf zentral geleitete Produktionsbetriebe
- die Verteilung von Investitions- und Konsumgütern
- die Löhne und Arbeitsstellen der Angestellten

In einer kapitalistischen Gesellschaft wird die Arbeit und Kapital in der marktwirtschaftlichen Produktion vergeudet. Die Einzelunternehmen stehen nicht in enger Kooperation mit anderen Marktteilnehmern und daher nicht in der Lage sind, die Kaufkraft von Menschen präzise einzuschätzen. Daraus resultieren die Überschüsse von den nicht benötigten Produkten. Das bildet die Basis für Krisen und Konkurse, welche zur Massenarbeitslosigkeit führen (Šik 1987, S. 52-65).

Nach Marx sollte also die gesamtgesellschaftliche Planung der Produktion kollektiv abgestimmt werden. Daher kommt Über- bzw. Unterproduktion gar nicht vor. Die wirtschaftlichen Krisen würden auch nicht mehr auftreten. Die Phasen der Schwächung der Wirtschaft als auch die Arbeitslosigkeit könnten verhindert werden. Durch die Abstimmung der Produktionsteilnehmer untereinander und mit den Verbrauchern werden die Vollbeschäftigung und ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum erreicht (<https://www.de.wikipedia.org>).

Andere Wirtschaftswissenschaftler haben sich an Marx angeschlossen und die Planwirtschaft als überlegen betrachtet. Bei der Darstellung weiterer Punkte stütze ich mich auf Dr. Obst. Er begründet die höhere Effizienz der Planwirtschaft nicht nur darin, dass Über- und Unterproduktionen vermieden werden, sondern auch durch das Verhindern von Investitionen, die nicht nachgefragt werden, bzw. die Investitionen, die äußerst ähnliche Produkte unterstützen. Laut Obst würde ein solches Verschwendung von Produktivkraft und Kapital in einer geplanten Wirtschaft nicht passieren. Obst weiter plädiert, dass „durch die gerechtere Verteilung des Sozialprodukts und höhere Wirtschaftseffizienz in der Planwirtschaft gesamtgesellschaftlich mehr Reichtum erzeugt wird“ (Obst, 1973, S. 11).

1.1.3 Zentralverwaltungswirtschaft in der Deutsche Demokratischen Republik (1949 – 1989)

Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs wurden äußere Grenzen von Deutschland neu geregelt. Gleichzeitig ist eine Aufteilung des Deutschlands in Besatzungszonen vorgenommen

worden, die später in die Teilung Deutschlands in zwei Staaten gemündet hat. Im Jahr 1949 ging aus der sowjetischen Besatzungszone im Osten die Deutsche Demokratische Republik (DDR) hervor.

Die genaue Funktionsweise der Planwirtschaft, auf welche sich auch die DDR gründete, wurden also in der Sowjetunion ausgearbeitet. Dieser Prozess fing in 1928 unter Joseph Stalin an. Es sollte hervorgehoben werden, dass er keine Einwände gegen seine Wirtschaftspolitik zugelassen hat, infolgedessen das entwickelte Wirtschaftssystem entscheidend von der Politik beeinflusst war. Herr Ing. Michal Sedláčko vertritt in seiner Arbeit *Komparatívne ekonomické systémy* die Ansicht, dass dieses Regime nichts mit den humanistischen Idealen von Marx zu tun hatte (Sedláčko, 2003).

Um das Wirtschaftssystem der DDR zu erklären, muss zuerst die Situation der UdSSR dem Leser näher gebracht werden. Hiermit beziehe ich mich auf die Arbeit von Dieter Lösch: „*Sozialistische Wirtschaftswissenschaft*“.

In dem Wirtschaftssystem der Sowjetunion waren alle Unternehmen und Produktionsmittel verstaatlicht. Fünfjahrespläne wurden ausgearbeitet, in denen genaue Mengen festgestellt wurden, die die Betriebe produzieren sollten.

Zuerst wurden die privaten Unternehmen als auch das Boden von Grundbesitzern enteignet, worauf die Schließungen von privaten Banken und die Gründung erster Staatsbetriebe folgten.

Weiterhin wurde die staatliche Handelsorganisation gegründet, welche ein Monopol im Einzelhandel geschaffen hat. Die noch nicht verstaatlichte Betriebe mussten hohe Steuern zahlen, deswegen sie entweder den Staat als Teilhaber aufgenommen haben oder mit dem Staat Kommissionshandelsverträge abgeschlossen haben (Lösch 1987).

Die DDR-Wirtschaft wurde nach diesem sowjetischen Vorbild durch eine staatliche Plankommission gesteuert. Außerdem war es von großer Bedeutung für die Sowjetunion, sich die Abhängigkeit der DDR zu sichern. Dahingegen in BRD sah die Situation ganz anders. Für die USA waren von großer Bedeutung die langfristige Friedenspolitik und der Aufbau langandauernder Handelsbeziehungen zur BRD. Während die westlichen Besatzungsmächte weitestgehend auf ihre ursprünglichen Reparationsforderungen zum Zweck der wirtschaftlichen Etablierung Westdeutschlands verzichteten, wurden durch die Sowjetunion in der DDR großzügig Gleise, Maschinen und sogar ganze Betriebe demontiert sowie auf die Zahlung von Reparationen bestanden.

Daraus lässt sich ableiten, dass der wirtschaftlich geschwächte Osten Deutschlands nicht die Chance wie der Westen hatte, sich selbstständig zu entwickeln und war nicht im Stande, eine funktionierende und unabhängige Außenwirtschaft zu etablieren.

Obwohl sich die Führung der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in der DDR mit allen Kräften bemüht hatte, den Lebensstandard in der DDR dem in der BRD anzugleichen, blieb das Wirtschaftswachstum des Ostens immer weiter hinter dem des Westens zurück (Weber 2006, S. 36-38).

Den Führungsanspruch im Staat sicherte sich die SED laut Webers Ansichten durch drei Methoden: erstens wurden Gegner und Opposition mit Gewalt gepresst und mundtot gemacht, zweitens ließ man politisch unmotiviert Bürger in Frieden und versuchte sie durch steigenden Wohlstand abzuhalten, drittens bediente man sich der Ideologie und Indoktrination, um vor allem junge Anhänger zu begeistern (Weber 2006, S. 41). Die Bevölkerungsschichten, die sich dem sozialistischen System nicht gebeugt haben, wie beispielsweise Bauern, Selbstständige oder Anhänger von Kirchen, wurden benachteiligt behandelt. (Weber 2006, S. 41).

Um den Vorsprung des Westdeutschlands einzuholen, musste die DDR erhebliche Kosten für den Aufbau der Verwaltung, der Armee und der Schwerindustrie aufzuwenden. Infolge dessen hat sich die SED-Führung dazu entschlossen, einen Sparkurs zu führen. Es wurden Kürzungen bei den Sozialleistungen und Preissteigerungen vorgenommen, ohne jedoch die Löhne anzuheben. Zusätzlich wurden die Arbeitsnormen um zumindest 10 % erhöht (Staritz 1996, S. 100-102).

Aufgrund dieser harten Maßnahmen herrschte in der Bevölkerung Unmut, was in manchen Firmen zu den Streikhandlungen führte. Die Sowjetführung war nicht mit dem Führungsstil der SED zufrieden. Als Reaktion von SED wurden Repressalien gegen Teile der Bevölkerung gemildert und Preissenkungen realisiert. Erhöhte Arbeitsnormen wurden aber nicht herabgesetzt, was den Ärger in der Arbeiterschaft weiter verursachte. Ein politischer Aufstand entwickelte sich, der am 17. Juni 1953 seinen Höhepunkt fand. Die DDR-Führung konnte die Situation nicht mehr unter den Hut bringen, weshalb sowjetische Panzer die Ausschreitungen niederschlugen (Weber 2006, S. 41- 42). Das verlangsamte ein Umwandlungsprozess der DDR in ein sozialistisches Land. Man machte der Bevölkerung Zugeständnisse, indem die Schwerindustrie zugunsten der Konsumgüterindustrie gemindert und die Preise gesenkt wurden (vgl. Weber 2006, S. 43).

Auch die Kollektivierung des Handwerks und der Landwirtschaft trieb die SED voran. Der Eintritt von Bauern in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wurde durch Drohungen und Nötigungen erreicht. Die Handwerker wurden auch mehr oder weniger dazu gezwungen, in Produktionsgenossenschaften des Handwerks einzutreten. Das resultierte in verschlechterter Versorgungslage mit Lebensmitteln, da die neu gegründeten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs) nicht den Plan erfüllen konnten.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft und die damit verbundenen Engpässe von Nahrungsmitteln führte in den Jahren 1960/61 zu einer Flüchtlingswelle. Als diese Welle in Richtung Westen weiter zunahm, stimmten die UdSSR einem Mauerbau um Westberlin zu. In 1961 wurde mit dem Bau begonnen, um den Zugang nach Westberlin unmöglich zu machen (Weber 2006, S. 56-59).

Am 4. November 1989 fand die größte Demonstration statt. Zirka eine Million DDR-Bürger forderten Meinungs-, Presse- und Reisefreiheit, und plötzlich der Zerfall der DDR nicht mehr aufzuhalten war. Der Ruf nach freien Wahlen wurde auch immer lauter (Weber 2006, S. 111). Die SED-Spitze hat sich durch eine zeitweilige Grenzöffnung zur BRD eine kleine Atempause verschaffen wollen, ohne zu ahnen, dass sie damit das Ende der DDR endgültig besiegelte. Die Öffnung der Grenzübergänge zwischen der DDR und der BRD am 9. November 1989 zog den Fall der Berliner Mauer nach sich und läutete das Ende der DDR ein (Staritz 1996, S. 380-383).

1.1.4 Sozialismus und wirtschaftlicher Wohlstand

Es gab in dem vergangenen Jahrhundert mehr als zwanzig Versuche, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten.

Wenn man diese Experimente mit einem möglichst ähnlichen marktwirtschaftlichen Pendant vergleicht, das Ergebnis fällt immer eindeutig aus. Bilanziert man die DDR mit der alten Bundesrepublik, Nordkorea mit Südkorea, China mit Taiwan und Hongkong, die Volksrepublik Ungarn und die ČSSR mit Österreich, die Sowjetunion mit Finnland, Kuba mit Puerto Rico, die Volksrepublik Angola mit Botswana oder Venezuela mit Chile, so zeigt sich, dass die sozialistischen Regime dem kapitalistischen in Bezug auf den wirtschaftlichen Wohlstand unterlegen sind. Trotzdem alle diese früheren sozialistischen Modelle gescheitert sind, gibt es viele moderne Sozialisten, wie z.B. Kevin Kühnert in Deutschland, Bernie Sanders in USA oder Jeremy Corbyn in UK, die die sozialistischen Regime wiederaufleben lassen möchten. Sie behaupten, dass keines dieser Beispiele viel mit dem Sozialismus zu tun hatte und dass das Scheitern dieser Modelle daher über Sozialismus gar nichts aussagt.

Ein plausibler Grund dafür, warum alle diese Versuche gescheitert sind, lautet aus Sicht des Autors Sedlačko (2003) folgendermaßen. Der Aufstieg des Kommunismus fand an den falschen Orten statt, und zwar in relativ armen Ländern, in denen sich der Kapitalismus gerade erst zu entwickeln begann. Dies entspricht nicht der marxistischen Theorie. Außerdem gibt es bis heute immer noch kein Beispiel eines sozialistischen Experiments, das nicht früher oder

später autokratisch wurde. Aus diesen Gründen haben die Ideen von Karl Marx bis heute nicht an Aktualität verloren.

Daher ist die Ausgangsbasis aller heutigen Anhänger des Sozialismus die Annahme, dass Sozialismus noch nie richtig ausprobiert worden ist. Noam Chomsky, einer der weltweit bekanntesten heutigen Intellektuellen, argumentiert, es ist eine „Diffamierung des Sozialismus, die Sowjetunion als sozialistisch zu bezeichnen.“ Nach seiner Meinung: „hatte es [Sowjetunion] mit Sozialismus nichts zu tun. Sozialismus bedeutet, dass die Arbeiter die Kontrolle über die Produktion übernehmen. Sowjet-Russland ist so ziemlich der anti-sozialistischste Ort, den man sich vorstellen kann. Es ist, in jedem Punkt, das genaue Gegenteil“ (Chomsky, 1986, o.S.).

Richard Wolff, ein Wirtschaftsprofessor an der Universität in Massachusetts behauptet: „Der Kampf zwischen Kommunismus und Kapitalismus hat nie stattgefunden. Die Sowjets haben keinen Kommunismus etabliert“ (Wolff 2002, o. S.).

Gegenwärtige Sozialisten sind also davon überzeugt, dass ihre Vision von Sozialismus sich fundamental von allem, was in der Vergangenheit passierte, unterscheidet. Die historische Erfahrung mit Sozialismus kann uns also nichts lehren.

Sogar Kevin Kühnert, der deutsche Sozialist, distanziert sich von der ehemaligen DDR mit der Begründung, es hatte dort einem „eklatanten Mangel an demokratischer Mitbestimmung“ gegeben. „Demokratischer Sozialismus“ sei ein untrennbares Begriffspaar, und Sozialismus sei „kein autoritäres Konzept“ (Kühnert, 2019, o. S.).

Kristian Niemietz argumentiert in seinem Buch: *„Sozialismus: die gescheiterte Idee, die niemals stirbt“*, dass sozialistische Diktaturen nicht deswegen arm waren (beziehungsweise sind), weil sie Diktaturen waren (sind), sondern weil sie sozialistisch waren. Es ist deswegen zulässig, demokratischen Sozialisten wirtschaftliches Scheitern der Sowjetunion oder DDR entgegenzuhalten. Solange von der Planwirtschaft die Rede ist, ist es total irrelevant, ob es sich um einen demokratischen oder einen diktatorischen Sozialismus handelt. Niemietz weiter erklärt, dass der Erfolg des Kapitalismus viel mehr zu tun mit seiner Fähigkeit hatte, wirtschaftlich relevantes Wissen zu erschaffen und zu verbreiten. Beispielsweise Marktpreise sind als Informationsquelle und Signale besonders unverzichtbar. Die Menschen, die in einer Marktwirtschaft ein solches Wissen besitzen, handeln danach. Die veränderten Bedingungen führen dann zu Preisänderungen, die dafür sorgen, dass alle Marktteilnehmer ihr Verhalten an die veränderten Bedingungen anpassen (Niemietz 2019).

In Worten von Ökonomen und Sozialphilosophen Friedrich August von Hayek: „Nehmen wir an, irgendwo in der Welt sei eine neue Möglichkeit für die Verwendung eines Rohstoffes, sagen wir Zinn, entstanden. Oder es sei eine der Versorgungsquellen für Zinn verschwunden.

Für unseren Zweck ist es bedeutungslos – und es ist sehr wichtig – dass es bedeutungslos ist – welcher der beiden Gründe Zinn knapper gemacht hat. Alles, was die Verarbeiter von Zinn wissen müssen, ist, dass sie mit Zinn sparsam umgehen müssen. Für die große Mehrheit von ihnen ist es nicht einmal notwendig zu wissen, wo der dringendere Verbrauch entstanden ist. Wenn nur einige von ihnen direkt um die neue Nachfrage wissen und Vorräte dorthin umleiten, und wenn die Menschen, die sich der neuen Lücke bewusst sind, es wiederum von anderen Quellen ersetzen, so wird sich dieser Effekt rasch durch das ganze Wirtschaftssystem hindurch verbreiten und nicht nur die gesamte Verwendung von Zinn betreffen, sondern auch seine Ersatzstoffe und die Ersatzstoffe der Ersatzstoffe betreffen, das Angebot aller aus Zinn hergestellten Dinge und deren Ersatzstoffe und so weiter, und all das passiert, ohne dass die große Mehrheit überhaupt irgendetwas über den ursprünglichen Grund für die Veränderung weiß“ (Hayek, 1968, S. 9-23).

Planwirtschaften fehlt diese Methode, Wissen zu erschaffen und zu verbreiten. Ein weiterer großer Vorteil von Marktwirtschaften ist, dass der Wettbewerb ein andauernder Prozess von Trial und Error ist, bei dem es klare und schnelle Feedback-Mechanismen gibt. Sozialistische Wirtschaftsmodelle kannten keinen Konkurrenzdruck. Was im Sozialismus immer wieder fehlt, ist das Wissen, das im kapitalistischen Wettbewerb gewonnen wird (Hayek, 1968).

Im folgenden Kapitel behandle ich die soziale Marktwirtschaft als Variante des Kapitalismus in Deutschland. Am Rande sei auch erwähnt, wie es mit der aktuellen Lage des deutschen Kapitalismus bestellt ist.

1.2 Kapitalistische Theorien

In dem folgenden Teilbereich werden die historischen Ausführungen und die theoretischen Grundgedanken des Kapitalismus näher beleuchtet. Anschließend werden die zwei verschiedensten Typen des Kapitalismus zusammengefasst und es wird dargestellt, wo die Unterschiede zwischen beiden Typen liegen. Anschließend soll das Augenmerk dann auf den Rheinischen Kapitalismus gerichtet werden.

1.2.1 Varianten des Kapitalismus

Der Aufbruch des Kapitalismus als ökonomisches Handlungsgeschehen kann zeitlich nicht genau datiert werden. Der Kapitalismus wurde jedoch entscheidend durch die Industrialisie-

rung verstärkt. Hierbei muss man erkennen, dass der Aufbau des Kapitalismus am Anfang wesentlich durch Theoretiker Adam Smith bestimmt wird.

Adam Smith hat in seinem Werk „Der Wohlstand der Nationen“ (1776) seine Wahrnehmung der Ökonomie dargestellt. Sein Verständnis vom ökonomischen Handeln widerspricht dem damals herrschenden Merkantilismus. Die Rolle des Staates war damals durch Schutz-zölle und Exportquoten verstärkt. Smith hingegen befürwortete den Freihandel, ablehnte die wirtschaftliche Interventionen des Staates. Er verlangte die Eindämmung staatlicher Zuwendung nur auf Verteidigung, Justiz und Öffentliche Einrichtungen, weil in diesen Bereichen die privaten Akteure keinen Gewinn abschöpfen konnten.

Smith zufolge wären die Menschen in einem freien Markt in der Lage, frei zu handeln. Eventuell sollte es dazu führen, dass sie ökonomisch effizienter und aktiver werden. Weitere Folge solcher Freiheit auf dem Markt sollte sein, dass der Wohlstand für Alle erreicht werden kann. Die einzelnen Marktteilnehmer befriedigen mithilfe von „unsichtbarer Hand“ ihre eigenen Güterbedürfnisse.

Der Begriff „unsichtbare Hand“ bedeutet für Smith der Waren- und Güteraustausch der einzelnen Wirtschaftssubjekte, der nicht durch den Staat gestört wird. So ein Austausch sorgt laut Smith automatisch dafür, dass alle auf dem Markt tätigen Wirtschaftssubjekte ihre Bedürfnisse befriedigen können und somit der Wohlstand für Alle hergestellt wird.

Smith ging davon aus, dass der Markt durch die Nachfrage und Angebot der Teilnehmer auf dem Markt reguliert wird. Er schlug also die Unabhängigkeit der ökonomischen Akteure vom Staat vor. Nach Meinung Smiths ist die Freiheit des Einzelnen und seine Fähigkeit, freie Entscheidungen zu treffen, einer der wichtigsten Elemente des Kapitalismus (Sedlačko, 2004).

Als in England die technische Revolution in 18. Jahrhundert ausbrach, haben diese Thesen von Smith der Industrialisierung und dem Kapitalismus den Weg bereitet.

In England etablierte sich inzwischen der so genannte „Manchester Kapitalismus“. Der Begriff bezeichnet die massiven sozialen Schieflagen in der Phase der industriellen Revolution in Großbritannien ab Mitte des 18. Jahrhunderts. Es handelte sich damals um einen Laissez-faire-Liberalismus. Die Rolle des Staats in der Wirtschaft war immer klein werdende und oftmals vertrat der Staat nur die Rolle des Zuschauers.

Erst die Weltwirtschaftskrise von 1929 hatte den liberalen Ökonomen endgültig den Glauben entnommen, dass sich der Markt selbst regeln kann und stabil ist. Die nach diesem Ereignis entstandene Theorien verzichteten auf den laissez-faire Kapitalismus und schlugen die Möglichkeit einer staatlich gelenkten Ökonomie vor (Schmidt, Buhr, 2015).

Der bekannteste Vertreter dieses gelenkten Kapitalismus war John Maynard Keynes. Er sah den Kapitalismus als unstabiles Konstrukt, der zu den Ungleichgewichten führt. Deswegen schlug er vor, dass sich der Staat im Falle einer drohenden Rezession durch eigene Nachfrage die Investitionen fördert und somit den Markt auf ein höheres Niveau, den der Vollbeschäftigung versetzt. Die Geld- und Zinspolitik sollte gleichzeitig durch die Zentralbank geregelt werden (Keynes, 1936).

Führende Kräfte europaweit bedienten sich der keynesianischen Theorie und so entstanden neue Varianten des Kapitalismus. In folgenden Unterkapiteln werden zwei Hauptströme des Kapitalismus näher erläutert.

1.2.1.1 Unkoordinierter Kapitalismus

Der erste Typus ökonomischer Organisation bildet die liberale, unkoordinierte Variante, die in den angelsächsischen Ländern verbreitet ist.

Sie kennzeichnet sich in der Finanzwelt durch eine Dominanz des Kapitalmarktes aus, der durch private Akteure und privates Kapital finanziert wird. Aus diesem Grund herrschen individualistische und wettbewerbsorientierte Beziehungen zwischen Industrie und Finanzen. Die Aktionsmerkmale sind hierbei kurzfristiger Natur. Die Investitionen in risikoreiche Unternehmen auf eine möglichst rasche hohe Rendite sind üblich.

Eine massive Deregulierung herrscht bei den Arbeitsbeziehungen auf dem Arbeitsmarkt. Die kollektiven Rechte zur Mitbestimmung werden den Arbeitern aberkannt und den Unternehmen die Veto-Möglichkeiten abgenommen. Kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse dominieren und der Kündigungsschutz ist schwach ausgeprägt. Man handelt die Löhne auf individueller oder betrieblicher Ebene aus. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften sind relativ schwach.

Was die Unternehmensbeziehungen betrifft, ein hoher Konkurrenzdruck vorherrscht, was eigentlich die Unternehmen zu ständiger Innovation drängt. Konkurrenz also kennzeichnet den Angebotsmarkt und eine Kooperation zwischen Unternehmen undenkbar macht.

In Bezug auf Schul- und Ausbildungssystem werden überwiegend allgemeine, nicht direkt berufsbezogene Qualifikationen vermittelt. Aus diesem Grund ist die Mobilität auf dem Arbeitsmarkt zwischen verschiedenen Berufsfeldern leichter. Daraus aber resultiert, dass oft ein Defizit an berufsspezifischen Fachkenntnissen zum Vorschein kommt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass dieses System sehr flexibel ist und sich schnell an Marktveränderungen anpassen kann. Auf einer Seite begünstigt dieses Modell die Innovati-

onsindustrien, auf der anderen Seite ist aber auch unstabiler und unsicherer für die Arbeitnehmer (Vaut 2018).

1.2.1.2 *Koordinierter Kapitalismus*

Die zweite Variante, in der auch Deutschland einbezogen werden kann, bildet der koordinierte Typus in Kontinentaleuropa.

Der prägendste Unterschied liegt darin, dass das Management nicht nur vom Markt selbst ausgeübt wird. Andere Akteure wie Arbeitnehmer, staatlichen Akteure und Banken kontrollieren und bewerten den Markt. Ein solches Modell wird oft als Stakeholder-Modell bezeichnet.

Die Unternehmen sind meistens durch Hausbanken und weniger durch den Kapitalmarkt finanziert. Die Aktienhalterinteressen müssen stärker einbezogen werden, weil man hier die langfristigen Finanzierungen vorzieht. Dabei wird auch die Sicherheit auf dem Markt erhöht.

Was den Arbeitsmarkt anbelangt, der ist strengstens reguliert. Man erlaubt eine Einflussnahme und Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf die Unternehmensführung. Die Organisation der Arbeitskräfte geschieht in den Gewerkschaften, die die Löhne mit Arbeitgeberverbänden aushandeln können. Die Beschäftigungsverhältnisse sind eher langfristiger. Großer Wert wird auf die Stabilität und sozialen Ausgleich gelegt.

Bezüglich des Ausbildungsmodells, firmenspezifisches und branchenweites Fachwissen wird vermittelt.

Die Unternehmen besitzen enge Kontakte zu ihren Banken, deswegen entstehen enge Beziehungen zwischen Industrie und Finanzen. Der Staat gilt als „Ermöglicher“ und versucht die starke Kooperation zwischen ökonomischen Akteuren anzuregen.

Unterzieht man koordinierte und unkoordinierte Kapitalismus einem Vergleich, so zeigt sich, dass koordinierter Kapitalismus sich durch hohe Stabilität und geringere Dynamik kennzeichnet. Dieses System ist oftmals nicht in der Lage, sich flexibel und schnell an Marktveränderungen anzupassen (Vaut 2018).

1.2.1.3 *Rheinischer Kapitalismus*

In den 1950er-Jahren erlebte das Westdeutschland einen wirtschaftlichen Aufschwung, der als deutsches Wirtschaftswunder bezeichnet wird. Innerhalb eines Jahrzehnts verdreifachte sich die Wirtschaftsleistung. Diese Zeit wurde durch ein wirtschaftliches Konzept geprägt,

nämlich die „Soziale Marktwirtschaft“. Da die Regierung den Sitz in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn am Rhein hatte, entstand der Begriff „Rheinischer Kapitalismus“. Als Vater dieses Modells gilt Ludwig Erhard, der von 1949 bis 1963 Bundesminister für Wirtschaft und von 1963 bis 1966 der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland war. Er hat zusammen mit dem führenden deutschen Ökonomen Alfred Müller Armack versucht, einen dritten Weg zwischen dem Liberalismus und einer durch den Staat kontrollierten Planwirtschaft einzugehen.

Bei der Erklärung der sozialen Marktwirtschaft beziehe ich mich auf den Autoren Pilz Frank (1974). Pilz zufolge verbindet die soziale Marktwirtschaft wirtschaftliche Freiheiten mit der sozialen Sicherheit. Unter der wirtschaftlichen Freiheit versteht er die Freiheit des Eigentums und der Eigentumsnutzung. Weiterhin geht er davon aus, dass eine Konsumfreiheit, Gewerbefreiheit, Wettbewerbsfreiheit, Produktions- und Handelsfreiheit und eine Marktfreiheit existieren.

Daraus lässt sich folgern, dass der Staat nicht nur passiv im Hintergrund agiert, sondern greift aktiv ein und überwacht, ob ein Gleichgewicht zwischen Beschäftigung, Preisniveau und Wachstum vorhanden ist.

In ehemaligem Westdeutschland war es allerdings von großer Bedeutung, dass der Reichtum der gesamten Bevölkerung zugutekam und nicht nur einer Schicht. Die Reichen leisten ihren Beitrag am Wohlstand des Landes durch angemessene Steuern und den Lebensstandard der Bevölkerung stieg stetig dank der steigenden Löhne. Gleichzeitig schützte ein Netz von Sozialleistungen die Alten, Kranken und Arbeitslosen vor finanzieller Not (Schmidt, Buhr 2015).

Der Autor James Fulcher hat sich in seinem Buch „Kapitalismus“ der Meinung angeschlossen, dass der Rheinische Kapitalismus als Hauptbeispiel für einen koordinierten und kooperativen Kapitalismus galt, der im Gegensatz zu dem stärker auf den Markt orientierten Kapitalismus Großbritanniens stand. Dieses Modell wurde durch eine starke sozialdemokratische Arbeiterbewegung, stark organisierte Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände geprägt.

Die Arbeitgeberverbände in Westdeutschland erkannten, dass die Kooperation mit Gewerkschaften einige Vorteile bot. Fulcher zufolge spielten gerade die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Schlüsselrolle bei der Führung des westdeutschen Kapitalismus. Die Gewerkschaften kämpften für eine gerechtere Verteilung der Gewinne, die Arbeitgeber hingegen für die Lohnzurückhaltung und die Steigerung der Produktivität. Diese Zusammenarbeit gewährleistete den Arbeitern einen größeren Schutz gegen Entlassungen, und die Stabilität des Arbeiterstamms stellte eine Bedingung für das System der Lehrlings-

ausbildung dar. Zusätzlich schützten die Gewerkschaften die Arbeiterschaft vor der Ausnutzung und Ausbeutung.

Fulcher stellt weiter das Modell folgendermaßen dar. Die Industrie wurde nicht über den Aktienmarkt, sondern durch Banken finanziert. Die Banken besaßen Unternehmensanteile und waren in den Aufsichtsräten der Firmen vertreten. Im Gegensatz zu dem angelsächsischen Modell erfolgte die Finanzierung der Industrie auf relativ stabiler und langfristiger Grundlage und litt nicht unter den Spekulationen des Aktienmarktes. Darüber hinaus besaß der Staat auch die Möglichkeit, konjunkturpolitisch in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen. Diesbezüglich hat er mithilfe der Zentralbank Geldmengen und Umlaufgeschwindigkeit durch Zinsregelung geregelt.

Der Staat hat zwar den Unternehmen den Schutz gegen ausländischen Wettbewerb angeboten, doch den heimischen Wettbewerb stark reguliert hat. Kartelle waren verboten und Unternehmensverbände haben den Wettbewerb reduziert, indem sie ihre Mitglieder ermutigt haben, sich zu spezialisieren, was eventuell zu höheren Qualitätsstandards geführt hat. Unternehmen waren dazu ermutigt, in ihren Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten und bei der Ausbildung zusammenzuarbeiten. Innerhalb dieses Rahmens konnten die Unternehmen die hohe Produktivität und die hohe Produktqualität erreichen (Fulcher 2007).

Mit dem Aufkommen von Ressourcen- Knappheit während der ersten Ölkrise entstanden erste Probleme des Rheinischen Kapitalismus, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Zudem kam mit den neunziger Jahren die Wiedervereinigung hinzu, die die Problematik des Sozialsystems erhöhte. Mit dieser Problematik werden wir uns in dem empirischen Teil der vorliegenden Diplomarbeit näher befassen. Bevor die Probleme und Folgen der deutschen Einheit angesprochen werden, möchten wir noch auf den Prozess der wirtschaftlichen Transformation kurz eingehen und die wichtigsten Punkte erläutern.

1.3 Grundlagen der wirtschaftlichen Transformation

Wirtschaftliche Transformation bezieht sich auf die Umwälzung eines etablierten Wirtschaftssystems. Nach der Definition von dem Autor Norbert Kloten (1991) spricht man von wirtschaftlicher Transformation, wenn das etablierte System nicht in der gleichen oder ähnlichen Form übertragen, sondern gescheitert und in etwas komplett Neues umgewandelt wird. Etwas, das mit dem vormaligen System nichts zusammenzutun hat. So ein Prozess wird durch politisches Handeln ausgelöst.

In Bezug auf die Wirtschaftstransformation sozialistischer Staaten handelte es sich um den Ersatz von dem planwirtschaftlichen Abstimmungsverfahren durch marktwirtschaftliche Koordinationsmechanismen.

Damit die Transformation in eine funktionierende Marktwirtschaft erfolgreich war, mussten folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

- Gewährung individueller Handlungs- und Verfügungsrechte
- Dezentralisierung und Entflechtung von Staatsbetrieben
- Neuordnung des Bankwesens mit strikter Trennung zwischen der Notenbank und den untereinander konkurrierenden Geschäftsbanken
- Restrukturierung der staatlichen Haushaltsführung und des Abgabensystems
- Öffnung der Märkte nach außen

Am Anfang der Transformation steht generell makroökonomische Stabilisierung, die meistens mit Hilfe von dem Sparprogramm realisiert ist. Dann erfolgt die Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung. Als diese Voraussetzungen erfüllt sind, kann sich das freie Spiel zwischen Angebot und Nachfrage etablieren (Kloten, 1991).

Die wirtschaftliche Transformation Ostdeutschlands

Der Umbruch im Ostdeutschland von einem planwirtschaftlich organisierten System zu einer marktwirtschaftlichen Demokratie geschah innerhalb kürzester Zeit. Weniger als ein Jahr ging vorbei zwischen dem Mauerfall am 10.11.1989 und der Beendung staatlicher Einheit Deutschlands.

Am Anfang der 1980er Jahre waren die wirtschaftlichen Probleme im Ostdeutschland kaum zu übersehen. Es herrschte ein Mangel an Devisen, infolgedessen Reparaturen oder Neuinvestitionen nicht mehr realisierbar waren. Die Bedürfnisse der Menschen konnten nicht befriedigt werden, weil erstens ein mangelndes Angebot an Gütern herrschte, und zweitens keine angemessenen Preise für gewünschte Waren und Dienstleistungen gefordert wurden. Daraus resultierte wachsende Inflation.

Die Transformation der ostdeutschen Wirtschaft stellte also eine große Chance dar, den Wohlstand des Volkes zu vergrößern. Vom 01. Juli 1990 wurden die Wirtschafts- und Wettbewerbsordnung der BRD vollständig auf das Ostdeutschland übertragen. Dies bedeutet im Vergleich zu anderen Transformationsländern einen radikalen und plötzlichen institutionellen Umbruch, bei dem der gesamte marktwirtschaftliche Rahmen und alle Regelungsmechanismen übernommen werden konnten. Ein solcher plötzlicher ökonomischer Wandel ist in der Geschichte der Transformationsstaaten einzigartig. Vom ersten Tage an konnte die Wirtschaft

der neuen Bundesländer von den Vorteilen eines funktionierenden Marktes profitieren (Baltensperger, 1998).

Man kann doch nicht sagen, dass die Wiedervereinigung ein sofortiges wirtschaftliches Wachstum mit sich brachte. Die neuen Bundesländer befanden sich zuerst in einer Transformationskrise. Die Produktion ging zurück, viele Unternehmen mussten geschlossen werden und die Arbeitslosigkeit stieg an.

Im empirischen Teil der Arbeit wird die Wiedervereinigung und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaftskraft des Landes näher analysiert.

2 Ziel, Methodik und Untersuchungsmethoden

Kurz nach der Wiedervereinigung befand sich die ostdeutsche Wirtschaft in einem sehr maroden Zustand. Heutzutage liegt die Wirtschaftskraft der neuen Bundesländer zwar auf 75 Prozent des Westniveaus (Holtemöller, 2021). Wenn man aber weitere Wohlfahrtsindikatoren berücksichtigt, beispielsweise privaten Konsum pro Kopf, die Freizeit oder Lebenserwartung, wird deutlich klar, dass der Angleichungsprozess ganz gut gelang. Um diese Erfolge richtig würdigen zu können, muss man daran erinnern, wie schlecht die Lage der ostdeutschen Wirtschaft am Ende der achtziger Jahre war.

Die Produktivität lag im Jahre 1989 bestenfalls bei einem Drittel des westdeutschen Niveaus, technische und soziale Infrastruktur als auch die Umweltqualität waren katastrophal. Dadurch wurden vor allem die Verbraucher beschädigt. Das Warenangebot war unzureichend, viele Produkte waren gar nicht verfügbar. Darüber hinaus kam für viele unerwartet auch die Erkenntnis, dass es keine Beschäftigungsmöglichkeiten mehr gab. Die Zahl der Arbeitsplätze verringerte sich von 9 Millionen auf nur noch 6 Millionen.

Angesichts dieser Tatsachen verfolgt die Abschlussarbeit vorwiegend das Ziel, den Transformationsprozess Ostdeutschlands umfassend zu behandeln und ihn in einen Vergleich zu dem slowakischen Verlauf zu setzen. Im Vordergrund der Untersuchung stehen die elementaren wirtschaftlichen Kennziffern wie BIP, Arbeitslosigkeit und Inflationsrate. Basis hierfür sind die auf dem Internet frei verfügbaren Daten und Statistiken.

In dem theoretischen Teil werden die gesellschaftlichen Systeme Sozialismus und Kapitalismus näher erläutert. Da die Buchressourcen zu diesen Theorien reich und zugänglich sind, bedienen wir uns dieser Quellen. Bei der Bewertung der relevanten Informationen verwendeten wir die Abstraktionsmethode.

Um den Transformationsprozess in Ostdeutschland umfassend zu bewerten, unterteilten wir die Problematik im Rahmen der Analyse in die kleineren Einheiten, bzw. in einzelnen Wirtschaftssektoren des Deutschlands, die wir nachfolgend gründlich untersuchten. Zum Schluss bedienten wir uns der Methode der Synthese, um einen umfangreichen Überblick über die untersuchten Erscheinungen zu erfassen. Schließlich formulierten wir eigene Standpunkte und fuhren sie in die Arbeit an.

Die Vergleichsmethode wurde in dem letzten Teil der Abschlussarbeit angewandt, indem wir die wirtschaftlichen Kennziffern des Ostdeutschlands und der Slowakei gegenüberstellten. Um klare Übersicht zu bieten, gestalteten wir diese Kennziffern in Form von einer Tabelle.

Im praktischen Teil untersuchten wir die von uns festgestellten Thesen. Sie werden folgendermaßen ausformuliert:

1. Die Wiedervereinigung begünstigte den Transformationsprozess Ostdeutschlands.
2. Der Transformationsprozess der Slowakei wurde wegen der Trennung mit Tschechien erschwert.

3 Ergebnisse der Arbeit

3.1 Deutsche wirtschaftliche Wiedervereinigung und seine Folgen

Am 3. Oktober 1990 entstand das wiedervereinigte Deutschland und die Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West fing an.

Unmittelbar nach der Wiedervereinigung verließen viele leistungsfähigen Ostdeutschen ihre Heimat und gingen in den Westen. Diese Tatsache setzte eine Spirale vor negativen Entwicklungen in Gang. Geschäfte mussten schließen und ihr Personal entlassen, weil keiner mehr da war, der die Sachen eigentlich kaufen konnte. Die Geburtsrate sank, was eigentlich den negativen Trend noch weiter verstärkte. Landstriche werden entvölkert und die verbleibende Bevölkerung wurde immer älter.

Um die massive Abwanderung und ihre negativen Folgen zu stoppen, verabschiedete das Kabinett am 18. Mai 1990 den Gesetzesentwurf zum Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, der von Bundesminister unterzeichnet wurde. Ziele der Wirtschafts- und Währungsunion sollten sein, eine möglichst schnelle Stabilisierung der ostdeutschen Wirtschaft zu schaffen, Wachstums- und Beschäftigungsimpulse zu geben, sowie die Region international wettbewerbsfähig zu machen. Außerdem sollte der Lebensstandard im Osten weiter verbessert werden und soziale Sicherheit gewährleistet werden.

Einfach erklärt, Vermögen, Preise, Löhne und Renten wurden zwischen Ost und West 1:1 umgestellt, indem die D-Mark, die starke Währung aus dem Westen, auch im Osten als Zahlungsmittel übernommen wurde.

Damit wurde ein unverkennbares Zeichen gesetzt, dass die Wiedervereinigung unumgänglich sei und dass sich die Auswanderung nach Westdeutschland aus ökonomischer Sicht für die ostdeutschen Bürger nicht mehr lohnt. Die Ostdeutschen konnten auf einmal viel mehr kaufen und die Freude war riesig (Heske, 2005).

Allerdings hatte es auch negative Auswirkungen, beispielsweise mussten die Unternehmen sehr hohe Löhne zahlen, während die Nachfrage nach ihren Waren und Produkten schrumpfte. Sie bekamen kein Geld mehr, weil die Kunden aus den sozialistischen Bruderstaaten im Ostblock die D-Mark-Preise nicht mehr bezahlen konnten und kauften gar nichts mehr. Mit dem Verlust der Absatzmärkte in Osteuropa war Ostdeutschland mit der enormen Konkurrenz der westdeutschen und internationalen Industrie konfrontiert. Firmen gingen Pleite und der Kaufrausch kam zum Ende.

Es scheint, dass das Konzept der Währungsreform im Nachhinein betrachtet irgendwie fehlerhaft war. Es führte dazu, dass die ostdeutschen Löhne auf dem westdeutschen Niveau stiegen, obwohl die Produktivität im Osten nur 30% der des Westens betrug. Am Ende 1990 beliefen sie sich auf circa 39% Lohnniveaus der alten Bundesländer und im 1999 erreichten sie bereits 80 %. Dies führte zum sofortigen Bankrott der ostdeutschen Industrie (Wehling, 2002).

In folgenden Unterkapiteln wird das Hauptaugenmerk auf den Konvergenzprozess in einzelnen Branchen der Wirtschaft als auch auf ihre Entwicklung im Laufe der Zeit geworfen.

3.1.1 Deindustrialisierung und Modernisierungsprozess Ostdeutschlands

Noch vor der Wende genoss die ehemalige DDR das Bild des acht- oder zehntgrößten Industrielandes der Welt. Die Wirtschaftsstruktur war damals vor allem von Großbetrieben geprägt, bzw. von großen Kombinat im industriellen Sektor. 79,1% der Beschäftigte waren in Kombinat tätig. Es handelte sich eigentlich um Großorganisationen, deren Ziel war, einen hohen Grad der Eigenfertigung zu erreichen. So wurde zum Beispiel Fernseher von nur einem Kombinat hergestellt. Den Menschen blieb nichts anderes übrig, als diesen Fernseher zu kaufen. Es brachte allerdings auch weitere Früchte. Solche Spezialisierung der Betriebe auf einzelne Produkte führte zu einem relativ hohen Anteil an Massenfertigung und zu den geringeren Kosten.

Nach der Wiedervereinigung war aber die Nachfrage anspruchsvoller, da die qualitativ hochwertigen Produkte aus dem Westen verfügbar waren. Die Massenware der ostdeutschen Firmen war nicht mehr nachgefragt. Um sich auf dem Markt durchzusetzen, waren sie dazu gezwungen, sehr schnell die Qualität der Produkte zu verbessern oder völlig neue Produkte zu entwickeln (Fritsch, Sorgner, Wyrwich, 2015). Es versteht sich von selbst, dass nur wenige Betriebe diesen enormen Druck überwinden konnten.

Als der Einigungsprozess in Gang gesetzt wurde, sollte die Privatisierung ostdeutscher Betriebe die Steigerung der Effizienz und ihre Wettbewerbsfähigkeit sicherstellen. Verantwortung für die Entflechtung von Kombinat und ihre Umwandlung in Kapitalgesellschaften übernahm die Treuhandanstalt. Viele Unternehmen wurden von der Treuhandanstalt als nicht sanierungsfähig eingestuft und geschlossen.

Die Kombinate wurden in Einzelbetriebe, bzw. kleine und mittelgroße Betriebe zerlegt, um die überlebensfähigen Teile von nicht rentablen Betriebsteilen zu trennen (Busch 2002). So schrumpfte die Zahl der ostdeutschen Unternehmen von 280 000 auf 43 000 während der ers-

te 6 Jahre nach der Wiedervereinigung. In den 1990er Jahren blieben nur 20 bis 25% der Arbeitsplätze in ostdeutscher Industrie erhalten (Wehling, 2002).

Strukturelle Anpassungsmaßnahmen, Investitionen in die Infrastruktur und in die industriellen Strukturen sowie zunehmende Exporte waren nötig, um die ostdeutsche Industrie wiederzubeleben. Manchmal verkaufte die Treuhandanstalt Betriebe zu einem symbolischen Preis von 1 D-Mark, im Tausch gegen Arbeitsplatzgarantien an westliche Unternehmen. Diese enorme Subvention gab westlichen Firmen einen Anreiz, sich in Ostdeutschland zu etablieren, obwohl die Region ihren komparativen Kostenvorteil niedriger Löhne verlor (Martin, 2020). Erwähnenswert finden wir auch die Tatsache, dass nur 6% aller Betriebe an Ostdeutsche gingen, 80% kauften Westdeutsche, und der Rest ging an Ausland (Pravec, 2020).

Die oben genannten Fakten deuten darauf hin, dass der ostdeutsche Übergang in die Marktwirtschaft die gesamte Wirtschaftsstruktur total umgestaltet hat. Es kam zu einem beträchtlichen Wandel von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft. Dieser Modernisierungsprozess war also unmittelbar mit dem Beschäftigungsabbau verbunden.

Folgende Grafik zeigt der Unterschied des Anteils von Beschäftigten nach Wirtschaftssektoren in den Jahren 1989 und 2013.

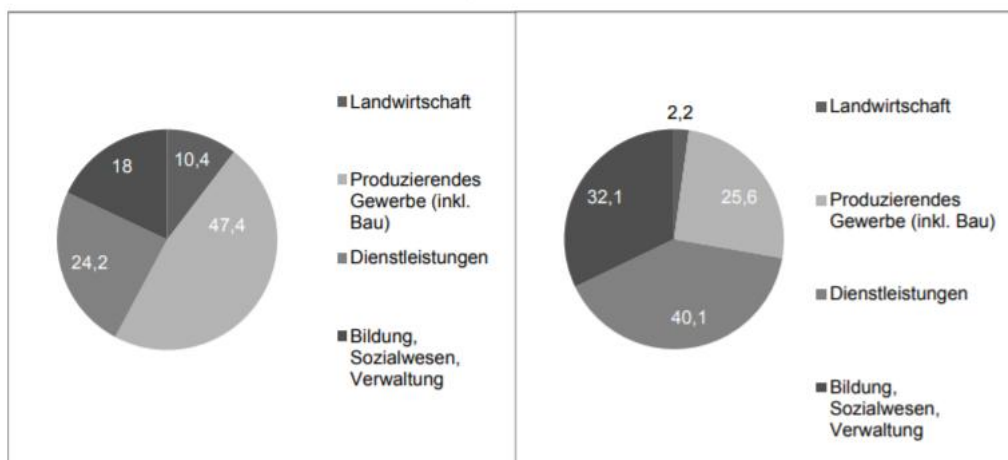


Abbildung 1 : Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren in Ostdeutschland (<https://m-fritsch.de>).

Ein großer Rückgang der Beschäftigten verzeichnete im Laufe des Angleichungsprozesses das produzierende Gewerbe und Landwirtschaft. Dahingegen im Dienstleistungssektor als auch im Bereich Bildung, Sozialwesen und Verwaltung stiegen die Beschäftigungsanteile wesentlich.

Obwohl die ostdeutsche Industrie in der Phase der Reindustrialisierung zwischen 1998 und 2008 wesentlich schrumpfte, war sie von großer Bedeutung bei dem „Aufbau Ost“ und eigentlich treibt sie die Angleichung der Wirtschaftskraft zwischen Ost und West bis heute vo-

ran. Zusammen mit den industrienahen Dienstleistungen umfasste der Industrie- Dienstleistungssektor im 2010 sogar 30% der Wertschöpfung in Ostdeutschland (Heimpold, 2010).

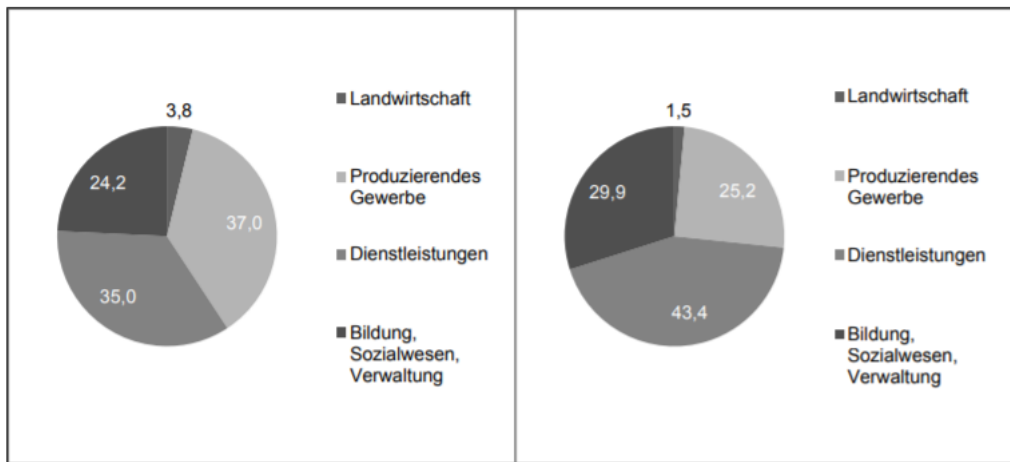


Abbildung 2: Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren in Westdeutschland (<https://m-fritsch.de>).

Wie auf der Grafik veranschaulicht ist, wurde die Beschäftigungsanteil nach Wirtschaftssektoren Westdeutschlands seit Wiedervereinigung nicht so stark erschüttert, wie es im Osten der Fall war. Trotzdem ist auch hier gewisse Verschiebung von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft zu erkennen.

Laut aktuellster Angaben lag der Anteil der Beschäftigten für Gesamtdeutschland in 2019 in tertiärem Sektor (Dienstleistungen) auf 74,5 Prozent, und in sekundärem Sektor (produzierenden Gewerbe) auf 24,1 Prozent (<https://www.bpb.de>).

30 Jahre nach der Wiedervereinigung sieht die ostdeutsche Industrie im Vergleich mit dem Westen immer noch relativ klein und kapital schwach aus. Die Arbeitsproduktivität liegt im Durchschnitt aller ostdeutschen Bundesländern und Sektoren bei 71% des Westwertes. Die Gründe dafür sind vielfältig:

- Der Industrialisierungsgrad, d.h. der Anteil der Industrie an der gesamten Wertschöpfung und Beschäftigung, ist im Osten signifikant niedriger als in den alten Ländern.
- Im Osten dominieren Klein- und Mittelunternehmen, die im Hinblick auf Produktivität, Einkommensniveau ihrer Beschäftigten und auf Innovations- und Exportintensität die Großunternehmen in Westdeutschland nicht einholen können.

- Die geografische und demographische Struktur führte dazu, dass viele Kleinstädte und bevölkerungsarme ländliche Regionen in Osten nicht gerade anziehend auf Großbetriebe in Zukunftsfeldern wirken (<https://www.bmwi.de>).

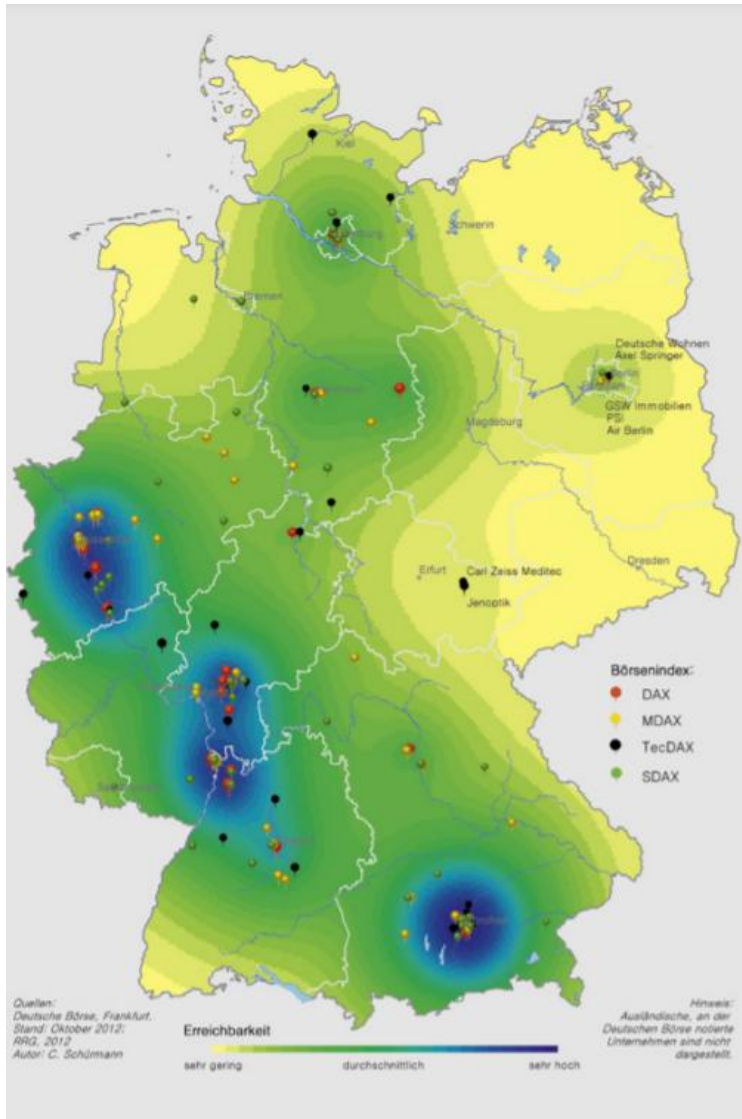


Abbildung 3: Börsennotierte Unternehmen (<https://www.bmwi.de>).

Auf diesem Bild sieht man, dass kein einziges börsennotiertes Unternehmen seinen Sitz im Osten hat. Dabei sind es gerade die Unternehmenszentralen, die die wirtschaftliche Entwicklung in den Regionen verwirklichen. Der ostdeutsche Mangel an Unternehmenszentralen zählt zu den grundlegenden strukturellen Problemen der Industrie.

Allerdings konnte sich die Situation in kommenden Jahren verbessern, weil Ostdeutschland sich rasch zum europäischen Zentrum künftiger Elektromobilität entwickelt. Diese Bran-

che ist inzwischen zu einer der wichtigsten Industriesektoren in Ostdeutschland geworden. Volkswagen und BMW sind in der Region tätig und auch die chinesischen Unternehmen CATL und Farasis Energy haben vor, die Fahrzeugbatterien in Ostdeutschland herzustellen. Ganz zu schweigen von Tesla, amerikanisches Unternehmen, das Elektroautos und Akkus in einer neuen Fabrik in Brandenburg seit 2021 produziert.

Außerdem kann man vermuten, dass die Automobilunternehmen ihre Lieferketten in ihrer Nähe anlocken, was mehr Firmen von der Lieferkette nach Ostdeutschland bringen kann und die Produktivitätslücke zwischen Ost und West schneller reduzieren wird (Marin, 2020).

3.1.2 Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Wie schon in vorigem Unterkapitel festgestellt wurde, befand sich der ostdeutsche Arbeitsmarkt am Anfang der 1990er Jahren vor einem komplexen und radikalen Strukturwandel. Der Modernisierungsprozess und die Deindustrialisierung waren unmittelbar mit dem Beschäftigungsabbau verbunden. Die Zahl der Beschäftigten sank von 9,8 Millionen im 1989 auf 6,7 Millionen (Röbenack, 2020). Obwohl damals die Arbeitslosigkeit ihre Tiefe erreicht hatte, hat sich der Arbeitsmarkt dank einigen Maßnahmen relativ schnell erholt. Zu diesen Maßnahmen gehörten:

- Umfangreiche Subventionierungen und Transferleistungen vom Westen nach Osten
- Vorruhestands- und Altersübergangsregelungen
- Subventionierung der Betriebe
- Beschäftigungspolitische Instrumente (sog. "Kurzarbeit Null", Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Eingliederungszuschüsse)
- Umschulung und Vollzeitfortbildung (Röbenack, 2020).

Diese Maßnahmen trugen teilweise zu Milderung der Migration von Ost- nach Westdeutschland. Insbesondere junge Menschen abwanderten damals nach Westdeutschland (rund 400 000 Ost-West-Pendler im 1991) und bis zum 2017 waren mehr Menschen von Ost nach West gezogen als andersherum (Neuhaus, 2019).

Interessant finden wir auch die Tatsache, dass die oben genannten Maßnahmen sich vor allem auf männlich dominierten, heruntergekommenen Fächern in Industriesektor bezogen. Am meisten waren von den Entlassungen Fertigungsberufe wie z.B. Chemiearbeiter, Kunststoffverarbeiter oder Metallberufe bedroht. Da die Frauen vor Allem im Verwaltungs- und Dienstleistungssektoren arbeiteten, profitieren sie von den neuen Regelungen deutlich

weniger. Daraus resultierte, dass die Frauen häufiger (58% aller Arbeitslosen im 1991) und länger (44 im Gegensatz zu 32 Wochen) erwerbslos waren (Röbenack, 2020). Deswegen lässt sich feststellen, dass der Beschäftigungsabbau Ostdeutschlands die Frauen benachteiligte und zu gewissen sozialen Ungleichheiten führte.

Eines ist aber klar, die Arbeitslosigkeit wurde bis 1998 in Ostdeutschland nicht gleichermaßen anstieg wie Beschäftigung reduziert. Doch das hat sich verändert, sobald die Beschäftigungsstabilisierende Förderinstrumente beendet wurden. Dann brach die Arbeitslosigkeit wieder aus.

	1994	1998	2005	2018	Nov. 2019
Deutschland	9,6	11,1	11,7	5,2	4,8
Westdeutschland	8,1	9,2	9,9	4,8	4,5
Ostdeutschland	14,8	17,8	18,7	6,9	6,0

Abbildung 4: Arbeitslosenquoten in Prozent (<https://www.bpb.de>).

Die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland stagnierte bis 2005, damals war sogar doppelt so hoch wie in Westdeutschland. In diesem Jahr trat ein Gesetz in Kraft, das die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld zusammenlegte und die Dauer des Arbeitslosengeldes auf maximal 18 Monate verkürzte. Dann verbesserte sich die Lage beträchtlich (Röbenack, 2020).

Obwohl es immer noch mehr Arbeitslose im Osten als im Westen gibt, hat sich die Arbeitslosigkeit zwischen Ost- und Westdeutschland inzwischen angeglichen. Eine erfolgreiche Annäherung Ostdeutschlands an westdeutsche Arbeitsmarktverhältnisse wurde vor Allem durch den langen Umbauprozess des Wirtschafts- und Beschäftigungssystems in Ostdeutschland realisiert. Doch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung leidet der ostdeutsche Arbeitsmarkt an einigen Strukturschwächen.

Die Bundesregierung kündigte in dem Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit in 2018, dass die Probleme der Deindustrialisierung in Ostdeutschland immer noch bestehen. Die Anzahl der Industriebetriebe pro 100 000 Einwohner in Ost- und Westdeutschland ist zwar ähnlich, aber die westdeutschen Betriebe schaffen mehr Arbeitsplätze, weisen höhere Exportquote auf und tragen in höherem Ausmaß zu dem Bruttoinlandsprodukt bei.

Weitere Herausforderung bezüglich der Beschäftigung stellt die demografische Entwicklung dar. Starker Rückgang von Schulabsolventen (vor allem in den ostdeutschen Schulen) und wachsende Renteneintritte führen zu Engpässen auf dem Arbeitsmarkt, d. h. es mangelt

an Fachkräften in verschiedenen Wirtschaftszweigen und Regionen. Diese Überalterung der Beschäftigten in Deutschland konnte das Ende des Beschäftigungswachstums abzeichnen.

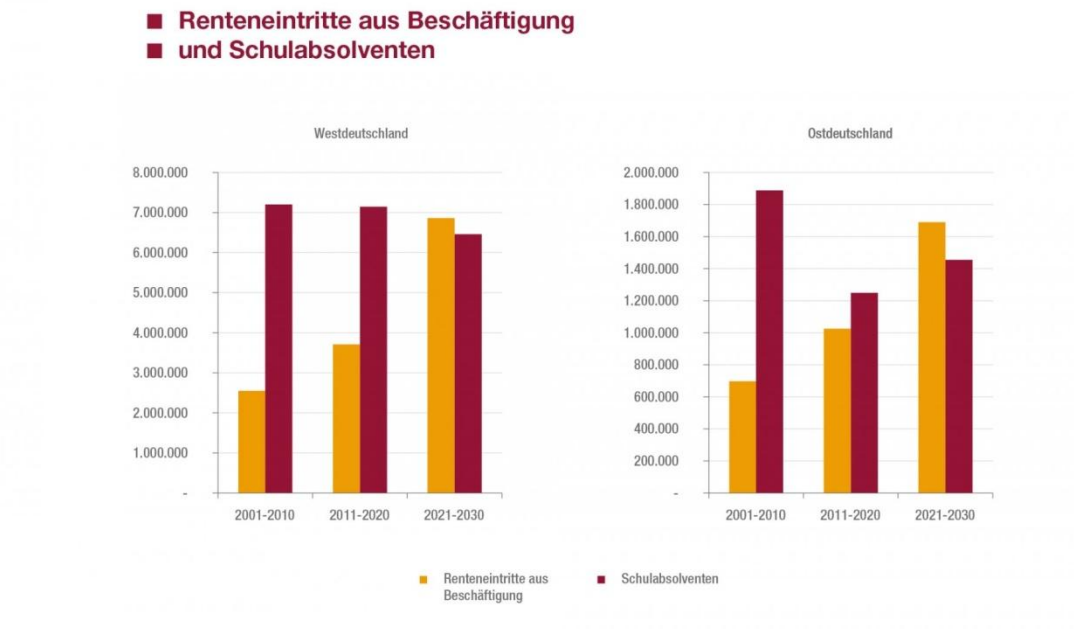


Abbildung 5: Renteneintritte aus Beschäftigung und Schulabsolventen (<https://www.bpb.de>).

Wie auf der Abbildung zu sehen ist, übertraf die Zahl der Schulabsolventen bis 2010 in Ost und West die Rentenabgänge mit großem Abstand, was eigentlich das Beschäftigungswachstum ermöglichte. Seit 2011 sinkt die Zahl der Schulabsolventen in Ostdeutschland und wurde in 2021 von den Renteneintritten übertroffen.

Solche demographische Entwicklung bedeutet, dass die einheimischen Arbeitskräfte nicht mehr die Arbeitsnachfrage in Deutschland decken können. Aus diesem Grund leisten die ausländischen Beschäftigten heute und in der Zukunft einen bedeutsamen Beitrag. Aufgrund der gesellschaftlichen Alterung entstehen heutzutage viele neue Arbeitsplätze in der Pflege und im Gesundheitsbereich (Röbenack, 2020).

Da der demografische Wandel den Rückgang der Erwerbstätigen in Ostdeutschland verursacht, vertreten viele Experten die Meinung, dass wegen der immer größer werdenden Lücke beim BIP pro Kopf eine vollständige Angleichung zwischen Ost und West nicht zu erwarten ist (Neuhaus, 2019).

Und was die letzten Trends im Arbeitsumfeld in Gesamtdeutschland anbelangt, steigt seit Jahren der Anteil von Teilzeit- und Mehrfachbeschäftigung. Der Arbeitsmarkt ist volatil, die

Menschen wechseln häufiger ihren Beruf. Die Industrie 4.0 bringt mit sich Befürchtungen, dass die Belegschaften in der Zukunft durch Technologien und künstliche Intelligenz ersetzt werden. Viele Experten vertreten die Meinung, dass die hohe Arbeitslosigkeit in dem Zusammenhang mit der Digitalisierung unwahrscheinlich ist. Man vermutet also, dass die Digitalisierung das Gesamtniveau der Beschäftigung in keinem hohen Maß beeinflussen, sondern neue Qualifikationsbedarfe auslösen wird (Ketzmerick, 2020).

Noch angrenzend würden wir uns jetzt gern den Unterschieden in Bezug auf die Löhne zwischen West und Ost widmen, da die es bis heute gibt. Das Lohngefälle hat sich in den letzten fünf Jahren in der Regel verringert. Zuletzt betrug das Lohngefälle zwischen Ost- und Westdeutschland nur 15%, vor fünf Jahren waren es 22%. In Westdeutschland betrug das monatliche Brutto-Durchschnittsgehalt 2020 in allen Branchen und Größenklassen 3 340 Euro. In Ostdeutschland verdienten die Mitarbeiter dagegen durchschnittlich nur 2 850 Euro pro Monat.

Zur Veranschaulichung präsentiere ich ein Diagramm, das uns zeigt, wie sich die Löhne in Ost- und Westdeutschland im Laufe der Zeit bewegen.

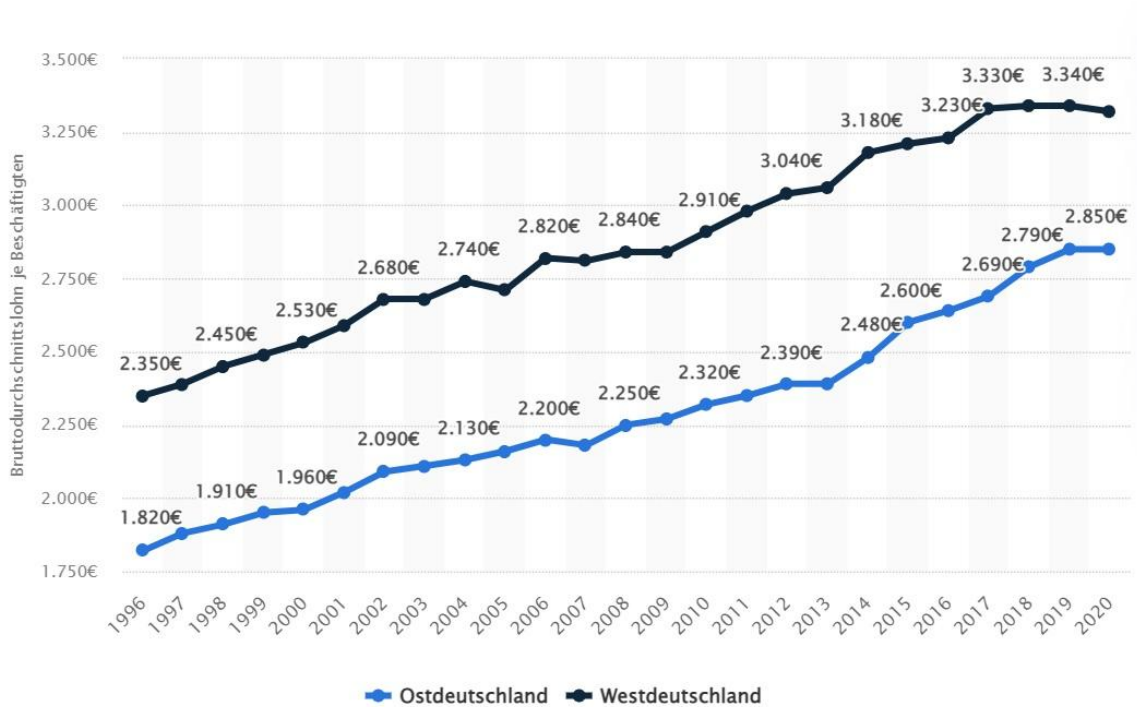


Abbildung 6: Höhe des Bruttodurchschnittslohns je Beschäftigten* in Ost- und Westdeutschland von 1996 bis 2020 (<https://de.statista.com>).

Aus dem Diagramm lässt sich ableiten, dass es augenscheinliche Unterschiede zwischen Westen und Osten bis heute gibt. Die Löhne verweisen relativ stätigen Wachstum, kommen aber nicht ins Gleichgewicht.

Außerdem gibt es noch andere Unterschiede. In Ostdeutschland beteiligen sich mehrere Frauen auf dem Arbeitsmarkt als es im Westen der Fall ist. Der Grund dafür ist, dass wegen niedrigerer Einkommen in Ostdeutschland das Modell der Doppelverdiener-Haushalten häufiger vorkommt als im Westen. Beispielsweise war ein Jahr nach der Wiedervereinigung 55% der westdeutschen Frauen erwerbstätig. Im Ostdeutschland arbeitete damals 67% der Frauen. Interessant finden wir auch die Tatsache, dass die westdeutschen Frauen um 21% weniger als Männer verdienen, im Osten sind es nur 6% (Kotoučová, 2020).

3.1.3 *Landwirtschaft*

Die Landwirtschaft in der ehemaligen DDR wurde stark von Zwangskollektivierung geprägt. Es entstanden große landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPGs), die an mangelnden Investitionen, geringer Produktivität und großen Umweltbelastungen litten. Nach der Wiedervereinigung entwickelten sich aus den LPGs die sogenannten Agrarbetriebe, die heute modern und rentabel sind. Eigentlich kann man sagen, dass der Agrarbereich heute die einzige Branche ist, in der die Ostdeutschen bessere Ergebnisse erwirtschaften als die Westdeutschen.

Der Grund hierfür war, dass sich die ländlichen Genossenschaftsmitglieder für die Weiterführung der LPG in neuen Unternehmensformen entschieden. Die meisten LPG, bzw. neue Agrarbetriebe, konnten sich schnell an die neuen Bedingungen anpassen und haben innerhalb kurzer Zeit die westdeutsche Konkurrenz überholt. Agrarbetriebe im Osten befanden sich in einer vorteilhaften Situation, da die Europäische Union als auch Bundesrepublik die Massenproduktion unterstützten. Im Westen wurde eigentlich bäuerlichen Familienbetrieb propagiert, der die erwünschte Massenproduktion auf gar keinen Fall erfüllen konnte.

Das deuten ganz klar die heutigen Zahlen. In den alten Bundesländern wirtschaften nur noch rund 220 000 Höfe mit mindestens 5 ha, im Osten sind es 22 000 Betriebe mit rund 250 ha. Davon sind drei Viertel Genossenschaften, GmbHs oder Personengesellschaften (Richard, 2020). Die landwirtschaftlichen Privatbetriebe in Ostdeutschland sind also im Durchschnitt heutzutage wesentlich größer und auch effizienter als die im Westen.

Die nach der Wiedervereinigung entstandenen Agrarbetriebe waren deswegen von nun an effizienter als die ehemaligen LPGs, weil sie sich nur auf ihre ökonomischen Kernaufgaben

konzentrieren und intensive Rationalisierungsmaßnahmen durchsetzen konnten. Die LPGs in der DDR waren vertraglich dazu verpflichtet, kommunale Infrastrukturen zu unterhalten und bereitzustellen. Nach der Wiedervereinigung konnten die LPGs diese Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten abgeben, was eigentlich sie viel mehr wirtschaftlich erfolgreich machte. Die Bindung an das Dorf und an die Region wurde auch wesentlich lockerer (Martens, 2020). Deswegen kann man sagen, dass die Privatisierung der ostdeutschen Landwirtschaft den Bauern die Chance gegeben hat, unter besseren Rahmenbedingungen Ackerbau und Tierhaltung zu betreiben.

Obwohl die Landwirtschaft Ostdeutschlands ihre Stärken seit der Wiedervereinigung entfaltete, stößt sie immer noch auf große Herausforderungen.

Ein großes Problem, das allgemein ländliche Räume in Deutschland betrifft, stellt die Tatsache dar, dass sie für Jugendliche nicht attraktiv sind. Einer Studie über die Lebenssituation und die Zukunftsvorstellungen von Jugendlichen in sechs ländlichen Regionen in Deutschland zufolge hat die Mehrheit der befragten Jugendlichen vor, in der Zukunft umzuziehen. Die Zahl der Jugendlichen mit Zuneigung zu der Übersiedelung beläuft sich eigentlich auf 48-55 %. Nach den Angaben der Autoren veranlassen sie dazu folgende Gründe:

- mangelnde Arbeitsplätze in den Regionen
- bessere Entwicklungsmöglichkeiten und Zukunftsperspektiven andernorts
- die Erfüllung eigener Ausbildungspläne und der Wunsch nach besserem Lebensstil (Becker/Moser 2013).

Erwähnenswert ist, dass bis die Mitte der 1990er Jahre verloren circa 80 % der Landwirte der ehemaligen DDR ihre Arbeit. Daraus resultierte ein großer Wegzug aus der Region und die Folgen der demografischen Entwicklung von damals wirken sich bis heute aus. Es scheint, als ob eine ganze Generation in einigen Dörfern fehlte (Becker/Moser 2013).

Aus diesen Ergebnissen lässt sich vermuten, dass die ländlichen Regionen in Ostdeutschland nur für eine geringe Zahl von Personen die Arbeit bieten und es fast unmöglich ist, in einen anderen Zweig der Wirtschaft den Job zu finden. Deswegen stellen wir fest, dass die fehlenden Verdienstmöglichkeiten in ländlichen Räumen ein weiteres Kennzeichen der industriellen Schwäche Ostdeutschlands sind. Trotzdem finden wir es erstaunlich, dass drei Jahrzehnte nach der Wende die heutige ostdeutsche Agrarstruktur der ehemaligen kollektivierten Landwirtschaft treu geblieben ist und heutzutage im Stande ist, große Erträge zu gewinnen.

Letztendlich möchten wir am Ende dieses Kapitels noch ein paar Sätze dem heutigen Stand der deutschen Landwirtschaft widmen.

Die deutsche Landwirtschaft ist der viertgrößte Erzeuger in der Europäischen Union. Um die über 200 Millionen Nutztiere zu ernähren, werden mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Fläche, Grünland und Ackerland, für die Futtererzeugung genutzt. Für den menschlichen Verzehr produziert die Landwirtschaft vor allem Brotgetreide, Kartoffeln, Zuckerrüben, Ölsaaten, Obst und Gemüse. Hinzu kommen Anbauflächen zur Erzeugung von Bioenergie und Biorohstoffen.

In der deutschen Landwirtschaft erzeugen etwa 608 000 Beschäftigte in rund 264 000 Betrieben jährlich Güter im Wert von rund 58 Milliarden Euro.

Außer oben erwähnten Herausforderungen im Zusammenhang mit demographischen Veränderungen konfrontiert die deutsche Landwirtschaft auch der Klimawandel. Die Landwirtschaft muss als Reaktion auf Globalisierung und technischen Fortschritt ständig ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Diese schwierigen Anpassungsprozesse werden von Bund, Ländern und EU mit unterschiedlichen Programmen unterstützt. Ziel ist die Erhaltung sicherer Arbeitsplätze, hoher Wertschöpfung und Lebensqualität im ländlichen Raum (Bundesinformationszentrum Landwirtschaft).

3.1.4 Umweltschutz

Der Umweltschutz war schon in 1968 in der Verfassung der DDR als Staatsziel verankert. Die DDR gründete sogar in 1972 als einer der weltweit ersten Staaten ein Umweltministerium. Offiziellen Darstellungen zufolge gab es bis 1989 in Ostdeutschland keine Umweltprobleme.

Die Realität sah ganz anders aus. Die Luftverschmutzung war vielenorts offensichtlich und besonders in Industriegebieten und großen Städten oft gesundheitsschädlich. Gerade in Industriegebieten litten die Einwohner häufig an Atemwegs- und Hauterkrankungen. Dazu gehörte die Verschmutzung von Gewässern.

Kurz nach der Wiedervereinigung wurde die Umweltsituation in Ostdeutschland insgesamt als dramatisch bewertet. Der Daten des Umweltberichts der damaligen BRD aus dem Mai 1990 zufolge waren Gewässer, Boden und Luft größtenteils als katastrophal bezeichnet. Durchschnittlich betrugen die Werte für die Emissionen von Schwefeldioxid und Staub je km² ein Vielfaches im Vergleich zu der damaligen Bundesrepublik. Doppelt so hoch wie in der BRD war auch der Anteil der Wälder mit deutlichen Schäden.

Ebenso erbärmlich war die Lage mit Gewässern. Während in den alten Bundesländern 90% der Einwohner in Haushalten lebten, die an eine Kläranlage angebunden waren, in ehemaliger

DDR belief sich die Zahl nur auf 31%. Das bedeutete, dass ein großer Teil der Abwässer ungeklärt in Gewässer geleitet wurde.

Die ostdeutsche Elbe galt als einer der am stärksten verschmutzten Flüsse europaweit. In diesem Fluss war ein großer Teil des unbereinigten Abwassers aus Industrieanlagen und Haushalten eingeleitet. Neben ostdeutschen Einleitungen floss auch in der damaligen Tschechoslowakei ungeklärtes Abwasser in die Elbe.

Noch dazu war vielerorts wegen militärischer oder industrieller Altlasten der Boden vergiftet. Außerdem waren Böden geschädigt durch Abfälle und Schadstoffe aus der Industrie. Der Braunkohletagebau und Erosionsschäden infolge intensiver Landwirtschaft haben auch die Böden intensiv zerstört (www.umwelt-im-unterricht.de, 2019).

In Thüringen und Sachsen förderte man Uranerz, was eigentlich eine riskante Strahlenbelastung für Menschen und Umwelt darstellte. Große Flächen wurden dabei radioaktiv kontaminiert.

Die staatliche Planwirtschaft der DDR genutzte bei der Energieversorgung am häufigsten Braunkohle, denn diese ließ sich auf dem Gebiet der DDR abbauen und musste nicht importiert werden. Die vorgeschriebenen Schadstoffgrenzwerte wurden oft nicht eingehalten. Aus wirtschaftlichen Gründen wurden zudem auch Ausnahmegenehmigungen erteilt.

Alles im Allem kann man jetzt feststellen, dass die ehemaligen DDR die wirtschaftliche Entwicklung als auch die Versorgung von Bevölkerung und Betrieben vor dem Umweltschutz bevorzugte.

Schon vor der Wiedervereinigung waren die ersten Maßnahmen der Sanierung ergriffen, und zwar als gemeinsame Projekte der beiden deutschen Staaten. Zu den ersten Projekten gehörte die Einführung der Messsysteme, um vor Smog zu warnen und die Wasserqualität in den Flüssen zu überwachen (www.hs-nb.d).

Nach der Wiedervereinigung fing ein umfangreiches Sanierungsprogramm an. Die Bundesrepublik musste damit das Ostdeutschland massiv finanziell unterstützen, um für die Beseitigung der Umweltschäden sorgen zu können. Ziel war es, bis zum Jahr 2000 gleiche Umweltbedingungen in Gesamtdeutschland zu schaffen.

Zuallererst wurden die akuten Gefahren beseitigt. Die unverzügliche Sofortmaßnahme war die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung sowie die Abwasserbehandlung, weil das Trinkwasser wegen der Schadstoffbelastung teilweise als gesundheitsgefährdend galt. Die Kernkraftwerke mit der sowjetischen Technik als auch viele umweltbelastende Betriebe wurden geschlossen. Damit ging auch die starke Umweltbelastung durch die oft veralteten Anlagen zurück. Mit großem Aufwand wurden die Altlasten von Chemieindustrie und Bergbau saniert.

Im Laufe der wenigen Jahren besserte sich die ostdeutsche Umwelt. Mitte der 1990er-Jahre war die Umweltbelastung bereits deutlich gesunken. Die Einleitung von Schadstoffen in Gewässer sowie die Luftverschmutzung ging stark zurück (dserver.bundestag.de).

Erfolgreich verlief auch der Naturschutz auf großen Flächen. Auf dem ostdeutschen Gebiet befinden sich heute sieben von 16 Nationalparks und acht von 18 Biosphärenreservaten (www.bmu.de). Auf dem früheren Todesstreifen entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze erstreckt sich heute das sog. Grüne Band. Es handelt sich um eine Kette von Schutzgebieten und die Natur entwickelt sich hier lange ungestört. 2005 wurde das Grüne Band von der Bundesregierung zum nationalen Naturerbe erklärt. Die bundeseigenen Flächen hat der Bund den Ländern zur Verfügung gestellt, um dort Naturschutzgebiete einzurichten (www.bfn.de).

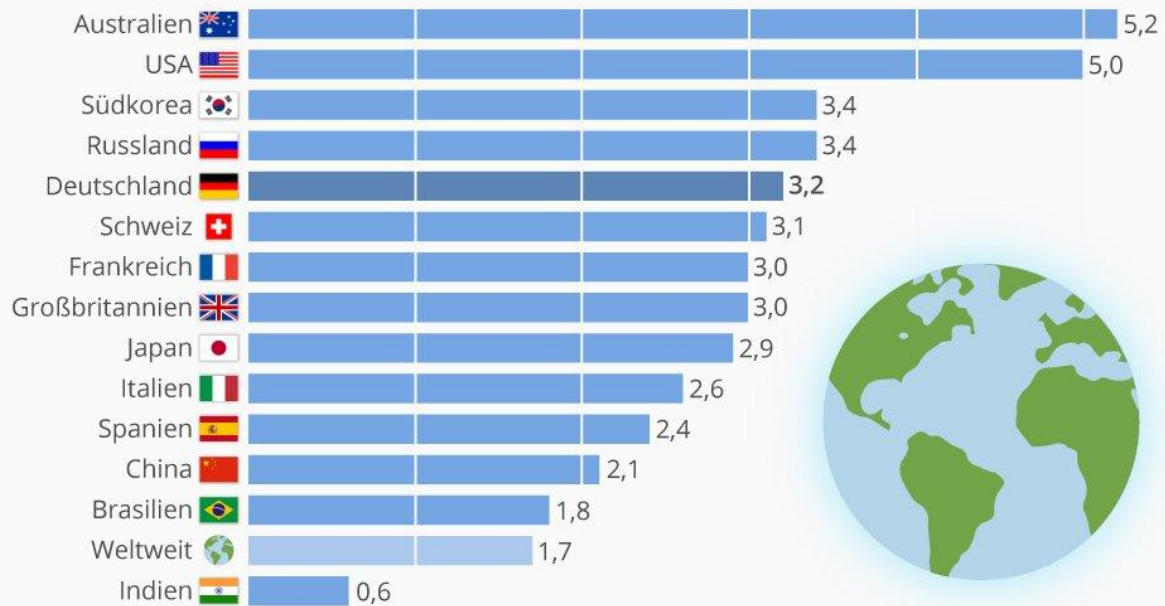
Obwohl die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der wirtschaftlichen Umstrukturierung infolge der deutschen Einheit je nach politischer Perspektive unterschiedlich bewertet werden, wagen wir zu behaupten, dass bezüglich der Ökologie und Umwelt brachte sie viel Gutes. Der Strukturwandel sorgte dafür, dass die Umwelt durch die Schließung der besonders umweltbelastenden Betriebe schnell entlastet wurde. Heutzutage sind ostdeutsche Betriebe umwelttechnisch mit aktuellen Standards ausgestattet.

Man kann feststellen, dass der Angleichungsprozess in diesem Umfeld zwar gelungen ist, doch hat die Bundesregierung nicht aufgehört, sich bezüglich Verbesserung der Umwelt sehr ehrgeizige Ziele zu setzen.

Deutschland ist immer noch ein Industrieland mit hoch entwickelten umweltintensivsten Sektoren wie Energie, Straßenverkehr, Chemie oder Bau, die seit der Nachkriegszeit besonders hohes Wachstum aufwiesen.

Die Welt ist nicht genug

Benötigte Erden, wären die Lebensgewohnheiten weltweit so wie in folgenden Ländern



@Statista_com

Quelle: Earth Overshoot Day/Global Footprint Network

statista

Abbildung 7: Ökologischer Fußabdruck. Ländervergleich (www.ap-verlag.de).

Aus angegebener Grafik lässt sich feststellen, dass Deutschland heutzutage zu den Ländern gehört, deren ökologischer Fußabdruck im weltweiten Vergleich am höchsten ist. Das bedeutet, dass um den Lebensstandard der deutschen Bevölkerung erhalten zu können, müsste Deutschland in Bezug auf die Landesfläche dreimal größer sein.

Der ökologische Fußabdruck gilt als Nachhaltigkeitsindikator und beschreibt die Fläche auf der Erde, die notwendig ist, um die benötigte Energie sowie alle benötigten Rohstoffe bereitzustellen, um somit den aktuellen Lebensstil bzw. Lebensstandard erhalten lassen zu können. Bei der Berechnung des ökologischen Fußabdrucks eines Menschen werden die Faktoren Wohnen, Energie, Konsum, Freizeit, Ernährung sowie Verkehr und Mobilität berücksichtigt (www.ap-verlag.de). Auch der grüne Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck betont, dass er kein Wirtschaften mehr unterstützen will, das den fossilen Energieverbrauch, die Umweltzerstörung und soziale Ungerechtigkeit erhöht (Kinkartz, 2022).

Als Reaktion auf die daraus entstehenden ökologischen Herausforderungen entwickelte sich der Umweltschutz zu einer essentiellen Kernfunktion deutscher Politik. Im Herbst 2019 wurde das Klimaschutzprogramm 2030 verabschiedet, das am 31. August 2021 in Kraft getre-

ten ist. Dem Gesetz zufolge lauten die Klimaziele und Umsetzungsmaßnahmen Deutschlands folgendermaßen:

- Treibhausgasemissionen sollen bis 2030 um 65 Prozent gegenüber 1990 reduziert werden
- Klimaneutralität bis 2045
- Steigende CO₂-Bepreisung für Heizöl, Erdgas, Benzin und Diesel
Januar 2021: 25 Euro pro Tonne CO₂,
2025: 55 Euro pro Tonne CO₂,
2026: mindestens 55 Euro und höchstens 65 Euro pro Tonne CO₂
- Kohleausstieg bis 2038
- Erneuerbare Energien: Der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch soll bis 2030 auf 65 Prozent steigen (www.germany.representation.ec.europa.eu).

Die neue Bundesregierung hat es vor, die Transformation hin zu Klimaneutralität mit Hilfe von Alternativen als z.B. Wasserstofftechnologien, Elektromobilität, Bildung von grünen Gebäuden- und Heiztechniken, und durch die Beschleunigung des Ausbaus von Schienenverkehr. Auf diese Weise sollte Deutschland seine Abhängigkeit von fossilen Energien wie Kohle und Gas beenden. Die Wirtschaftszweige und Regionen, die von diesen Branchen eigentlich leben, sollten bei kommendem Strukturwandel finanziell unterstützt werden.

Die Kosten der Transformation kann die Regierung allerdings unter der Voraussetzung bestreiten, dass die Einnahmen von Steuern stabil bleiben. Das stellt natürlich in der von Pandemie geprägten Zeiten enorme Herausforderung dar, weil große Teile der Wirtschaft lahmgelegt sind (Kinkartz, 2022).

3.1.5 *Außenhandel*

Es ist allgemein bekannt, dass die ehemalige DDR am Ende ihrer Existenz stark verschuldet war und nahe der Zahlungsunfähigkeit stand. Nach der Wiedervereinigung konnte Ostdeutschland die Zahlungsunfähigkeit nur durch hohe Kredite von alten Bundesländern verhindern. Noch dazu hatte die DDR ein Außenhandelsdefizit. Das bedeutet, dass sie mehr importierte als exportierte. Ein Grund hierfür sind die bereits mehrmals angesprochene, niedrige Qualität der Produkte und die häufigen Produktionsengpässe (Obst, 1973). Für ein vollständiges Verständnis der Situation möchten wir die politische Lage jedoch näher beleuchten.

Während der 50er und 60er Jahre wurde kaum in expansive, moderne Industriezweige mit guten internationalen Absatzmöglichkeiten, sondern viel in die Grundstoffindustrie investiert. Des Weiteren war die DDR-Produktionsstruktur aus ideologischen Gründen und in Folge machtpolitischer Prozesse primär auf den Export in den Osten, in die Sowjetunion und die sozialistischen Bruderstaaten ausgerichtet. So lief der Außenhandel der DDR zu 75% mit Staaten des Ostblocks ab (Reichel, o. J.). Das heißt Bestellungen aus dem Osten wurden, trotz häufig geringeren Ertrags, der Vorzug gegeben. Die DDR wurde daher in den westlichen Industrienationen als begrenzt lieferfähig wahrgenommen.

Auch unterschied sich der Bedarf der Staaten des Ostblocks signifikant von dem Bedarf der westlichen Industrienationen, weshalb der Absatz der Produkte der ehemaligen DDR in internationalen Märkten schwerfiel. Da die Produktion auf den osteuropäischen Markt ausgerichtet war, wurde kaum in Projekte investiert, die den westlichen Markt beliefern konnten. Wenn beispielsweise die Nachfrage nach einer bestimmten, in der DDR produzierten Maschine im Westen hoch war und über den Produktionskapazitäten lag, wurde nicht in die Erweiterung dieser Produktionskapazitäten investiert.

Das Gegenteil galt für weniger rentable Projekte für den östlichen Markt. Das wird durch folgendes Beispiel sehr gut illustriert. Der DDR-Schiffsbau war weitaus weniger rentabel als andere metallverarbeitende Industrien. Die Führung der Sowjetunion verlangte jedoch aufgrund eigener Bedarfe den Ausbau dieses Industriezweiges. Die Sowjetunion lieferte den verwendeten Stahl zu überhöhten Preisen und kaufte die Schiffe später zu Preisen unter denen des Weltmarktes. Das führte dazu, dass lediglich nur 80% der Produktionskosten gedeckt wurden (Obst, 1973).

Ein solches Außenhandelsdefizit ist der erste Grund für die Verschuldung der ostdeutschen Bundesländer. Kombiniert mit einem verstärkten Import westlicher Konsumprodukte kurz nach der Wiedervereinigung führte das zu einer immens steigenden Auslandsverschuldung Ostdeutschlands. Die neuen Bundesländer steigerten ihre Importe und konnten diese nicht durch ihre Exportleistung ausgleichen. Aufgrund des enormen Wachstums der Binnen- nachfrage und Umlenkung von deutschen Exportgütern in die neuen Länder im Rahmen des „Aufschwungs Ost“ kam es damals zu der nahezu ausgeglichenen Handelsbilanz des wiedervereinigten Deutschlands. Es handelte sich aber nur um einen kurzzeitigen Rückgang (Reichel, o. J.).

Merkmal	Westdeutschland	Ostdeutschland
Exporte in Milliarden DM	641,9	48,3
Importe in Milliarden DM	513,7	49,2
BIP pro Kopf in DM	36 200	14 000

Abbildung 8: Vergleich von West- und Ostdeutschland vor der Wiedervereinigung im Jahr 1988 bzw. 1989 (www.statista.de - eigene Darstellung).

Im Jahr 1989 war das BIP der Bundesrepublik Deutschland um fast das Zehnfache höher wie das der DDR. Insbesondere beim Außenhandel zeigte sich deutlicher Vorsprung. Die DDR-Importe machten beispielsweise im 1989 nur rund zehn Prozent der bundesrepublikanischen Importe aus, und die Exporte betragen rund 7,4 % (www.statista.de).

Seit 1989 hat sich viel geändert. In den folgenden Jahren wurde die Weltwirtschaft durch zunehmende Verflechtungen der Volkswirtschaften bzw. Globalisierung stark geprägt. Eine große Bedeutung für die Entwicklung der Außenhandelsbeziehungen Deutschlands hatte die fortschreitende wirtschaftliche Integration in Europa, die im 1999 in eine Währungsunion endete. Handelshemmnissen wurden allmählich abgebaut und die Freizügigkeit im Waren-, Dienstleistungs- und Personenverkehr innerhalb der EU geschafft. Hinzu kamen weltweite Liberalisierungsbestrebungen im Rahmen von GATT und WTO, die grenzüberschreitende Aktivitäten deutscher Unternehmen erleichterten. Aus diesen Gründen ist die deutsche Außenwirtschaft aufgeblüht.

Außerdem brachten die ostdeutschen Bundesländer enge wirtschaftliche Kontakte in den ehemaligen Ostblock mit und die EU-Osterweiterung 2004 eröffnete den Exportunternehmen neue Absatzmärkte in Polen, Tschechien, Ungarn und den baltischen Staaten. Gleichzeitig konnte die deutsche Exportindustrie billige Vorprodukte aus den neuen EU-Ländern beziehen und so den Preis der deutschen Exportgüter weiter konkurrenzfähig halten (Haas, Heß). Diese Strategie machte aus Deutschland eine der stärksten exportorientierten Wirtschaft der Welt. Das beweist auch die Tatsache, dass rund jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt vom Export ab (<https://www.bpb.de>).

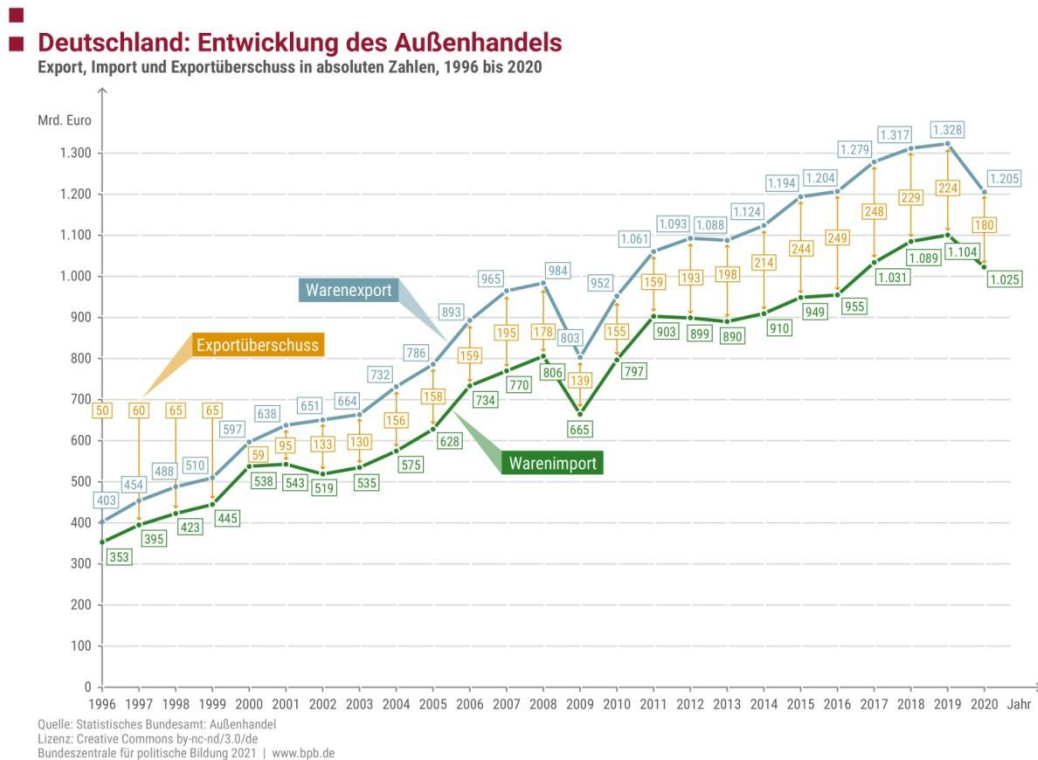


Abbildung 9: Export, Import und Exportüberschuss in absoluten Zahlen, 1996 bis 2020 (<https://www.bpb.de>).

Die Grafik zeigt uns deutlich, dass Deutschland seit der Wiedervereinigung einen hohen Ausfuhrüberschuss ausweist. Das bedeutet, dass es mehr exportiert als importiert wird. Im 2020 waren die wichtigsten Exportgüter die Kraftfahrzeuge und -teile, Maschinen und chemische Erzeugnisse. Dramatisch ist Export von Rohholz gestiegen (Orth, 2021). Daraus lässt sich schlussfolgern, dass in der Gegenwart die Exporte aus Waren und nicht aus Dienstleistungen dominieren.

Importiert wird vor allem im Energiebereich, da Deutschland ein rohstoffarmes Land ist. Weitere Importgüter sind Datenverarbeitungsgeräte, Computertechnik, sowie elektrische und optische Erzeugnisse. Wichtigster Handelspartner war im 2020 die Volksrepublik China. Auf zweiten und dritten Platz folgten die Niederlande und die Vereinigten Staaten (Orth, 2021).

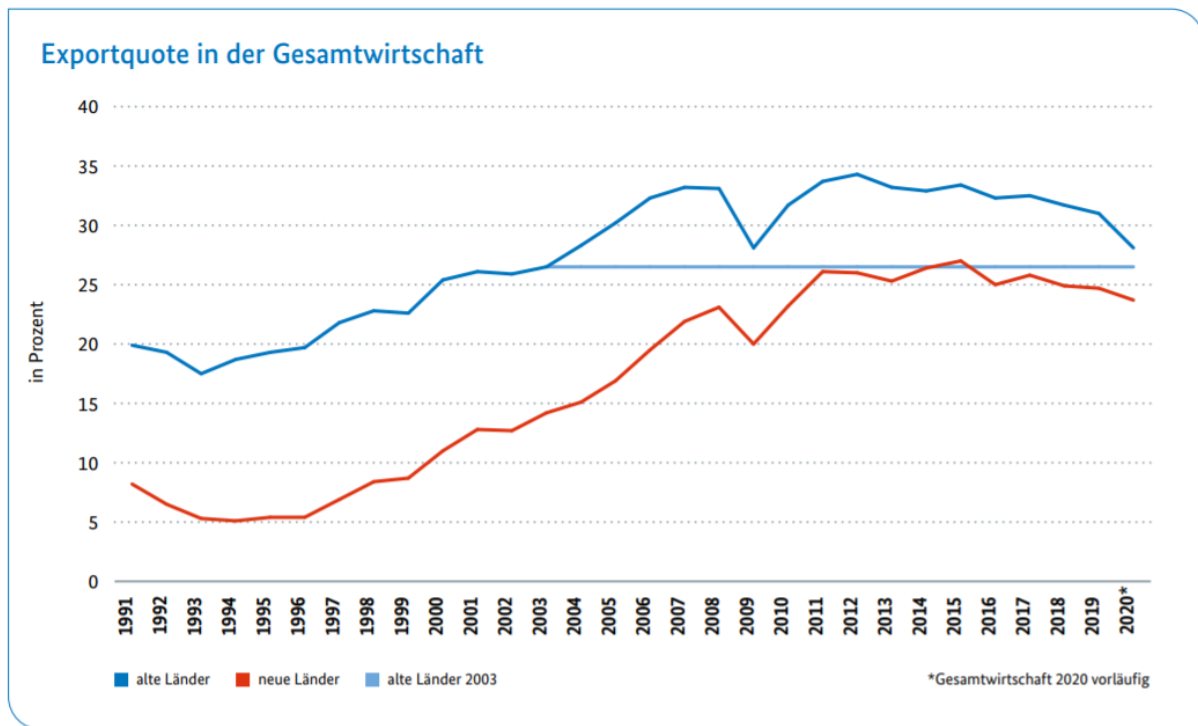


Abbildung 10: Exportquote in der Gesamtwirtschaft (<https://www.bmwi.de>).

Wie schon in den vorigen Unterkapiteln angedeutet war, dominieren in Ostdeutschland heutzutage kleine bis mittlere Betriebe, die vor allem für lokale Märkte ihre Produkte herstellen. Doch verzeichnet Ostdeutschland in einigen Branchen wirtschaftliche Erfolge. Hierzu zählt man die Chemieindustrie, Automobilindustrie oder Mikroelektronik (Martens, 2020).

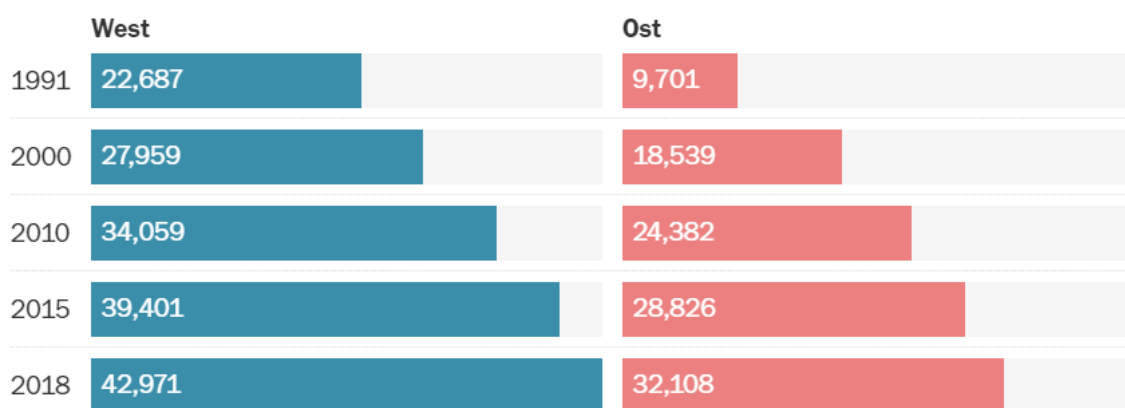
Die Abbildung der Exportquote, die in der Jahresbericht Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit zu finden ist, zeigt uns deutlich, dass der Exportanteil Ostdeutschlands seit der Wiedervereinigung immens gestiegen, doch immer noch dem Westdeutschen unterlegen ist. Mehr als ein Drittel der gesamten industriellen Produktion der Wirtschaft Ostdeutschlands geht heute in die internationalen Märkte. Prinzipiell ist das im internationalen Vergleich ein markanter Wert. Die Exportquote der französischen Industrie liegt beispielsweise bei 27 % und die von Großbritannien bei 29 %. Verglichen mit der Exportquote der westdeutschen Industrie von rund 50 % ist hier allerdings noch ein erheblicher Abstand zu erkennen (<https://www.bmwi.de>).

3.1.6 Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes und weitere Wohlfahrtsindikatoren

In neuen Bundesländern leben heutzutage 16 Millionen Menschen, was in Vergleich zu 67 Millionen im Westdeutschland viel weniger ist (Regev, 2020). Doch abgesehen von der Bevölkerungsungleichheit, ist die Leistungsfähigkeit Ostdeutschlands auch sehr geringer. 30 Jahre nach dem Mauerfall liegt die Wirtschaftskraft der neuen Bundesländer auf 75 Prozent des Westniveaus. Das Ausgangsniveau im 1991 war 37 % (Holtemöller, 2021). Laut Angaben des Jahresberichtes der Bundesregierung sind die ostdeutschen Bundesländer heute so produktiv, wie Westdeutschland in den 1980er Jahren. Was das verfügbare Einkommen betrifft, erreichen die Ostdeutschen den Stand, auf dem die Westdeutschen im 1989 waren (Neuhaus, 2019).

Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner

von 1991 bis 2018, in Tausend Euro



reales BIP in jeweiligen Preisen

Abbildung 11: Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner (www.tagesspiegel.de).

Wenn man sich die Entwicklung des BIPs pro Einwohner des Gesamtdeutschlands anschaut, dann zeigt sich, dass die Kluft seit der Wiedervereinigung relativ gleich bleibt. Auf dessen Gründen sind wir in vorigen Unterkapiteln dieser Abschlussarbeit bereits eingegangen.

Zum Einen liegt es an der von kleinen Betrieben geprägten ostdeutschen Wirtschaftsstruktur, die nicht im Stande ist, viele neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Zusätzlich ist Ostdeutschland weniger innovativ und sein Exportanteil ist vergleichsweise gering. Alle exportstarken Branchen wie Autoindustrie und Maschinenbau sind in westdeutschen Regionen konzentriert. Dieses Merkmal kommt zum Vorschein, wenn Industrie und

Exporte in Deutschland eine Schwächephase erleben, weil dann Ostdeutschland immer stärker aufholen kann (Röhl, 2020).

Weitere Schwachstelle stellt die Prognose dar, dass die Zahl der Beschäftigten im Osten in Folge der Altersstruktur viel deutlicher sinken wird wie im Westen (Neuhaus, 2019). Deswegen glauben auch 30 Jahre nach dem Mauerfall viele Ökonomen nicht, dass Ostdeutschland den Westen wirtschaftlich in naher Zukunft einholen wird.

Und weil das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Einwohnern ungünstiger im Osten ist, vertreten viele Experten die Ansicht, dass bei der Bewertung des Angleichungsprozesses nur BIP pro Kopf einzig und allein kein guter Maßstab ist. Deswegen schlagen Experten vor, weitere Wohlfahrtsindikatoren zu berücksichtigen. Unter anderem handelt es sich beispielsweise um den privaten Konsum pro Kopf, die Freizeit oder Lebenserwartung.

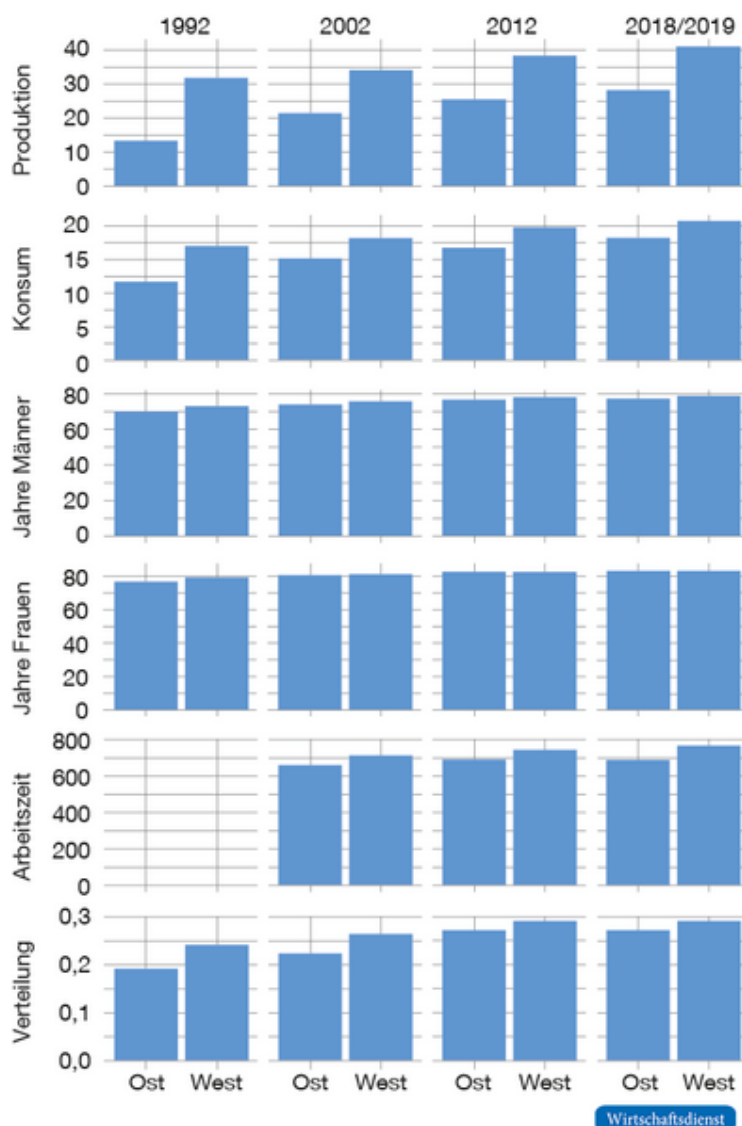


Abbildung 12: Wohlfahrtsindikatoren des Angleichungsprozesses (www.wirtschaftsdienst.eu).

Obwohl die Lücke beim BIP pro Kopf zwischen Ost und West im 2019 32% ausmachte, bei den Konsumausgaben pro Kopf war nur 12 - prozentiger Unterschied. Der Unterschied in der Lebenserwartung zwischen ost- und westdeutschen Frauen ist heutzutage komplett beseitigt, und bei Männern ist er auf ein Jahr geschrumpft. Bei anderen Indikatoren wie z.B. Freizeit und Verteilung, bzw. Einkommensungleichheit, weist Ostdeutschland sogar bessere Ergebnisse auf (Holtemöller, 2021).

Wir könnten uns der Meinung anschließen, dass die genannten Indikatoren vielsagend sind und sollten auf jeden Fall bei der Bewertung des Angleichungsprozesses in Erwägung gezogen werden.

Um ein umfassender Blick über die Entwicklung der gesamtdesischen Wirtschaft zu gewinnen, wäre es angebracht, das Augenmerk noch kurz auf den internationalen Vergleich zu werfen.

Ekonomický vývoj sjednoceného Německa

HDP na osobu podle parity kupní síly, v dolarech roku 2011

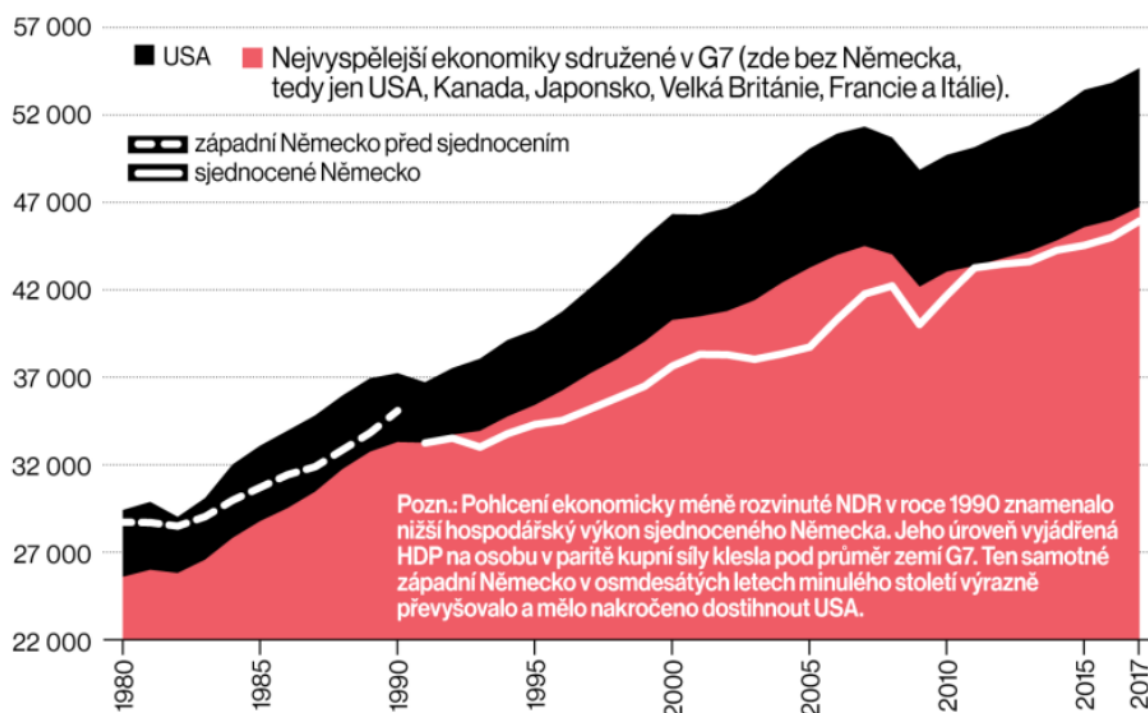


Abbildung 13: Bruttoinlandsprodukt je Einwohner – G7 Länder (<https://ekonom.cz>).

Diese Abbildung dient zu der Veranschaulichung der wirtschaftlichen Position Deutschlands im internationalen Vergleich seit 1980er Jahren. Am Anfang war das BIP je Einwohner

in Westdeutschland so hoch wie im Schnitt aller großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften (G7-Gruppe), und nur die USA, das mit Abstand wohlhabendste Land der Gruppe, befand sich in besserer Position wie Deutschland. Seit der Wiedervereinigung wuchs aber das deutsche Bruttoinlandsprodukt je Einwohner längere Zeit deutlich langsamer als der Durchschnitt dieser Ländergruppe (Pravec 2020).

Trotzdem wurde Deutschland zum Wirtschaftsmotor des alten Kontinents. Über heutigen Stand deutscher Wirtschaft und Herausforderungen in der Zukunft berichtet das nächste Kapitel.

3.2 Zwei-Länder-Vergleich: Ostdeutschland und die Slowakei

Ganz ohne Umschweife kann man sagen, dass die Slowakei von allen ostmitteleuropäischen Ländern nach der Wende den turbulentesten Entwicklungsweg hatte. Der Grund dafür hängt vor allem mit der Trennung von Tschechien zusammen. Im folgenden Kapitel versuchen wir, ein Gesamtbild des slowakischen Transformationsprozesses als auch die Gemeinsamkeiten und Unterschiede mit dem Ostdeutschland zu erörtern.

3.2.1 *Die wirtschaftliche Transformation und die daraus resultierenden Probleme in der Slowakei*

Ähnlich wie in Ostdeutschland, auch in der Tschechoslowakei war nach der Samtenen Revolution vom November 1989 der politische und wirtschaftliche Umbau nötig. Das Reformprogramm war insbesondere auf die Preisliberalisierung, Liberalisierung des Außenhandels, Privatisierung der Wirtschaft und auf Konvertierbarkeit der Währungen gerichtet (Juchler, 2000).

	Wachs- tum BIP	Arbeits- losenrate	Inflati- on	Budget- ergebnis	Real- löhne	Zahlungsbi- lanz
Slowakei						
1990	-3	2	10	0	-6	
1991	-15	12	61	-4	-28	
1992	-7	10	10	-3	5	
1993	-4	14	23	-7	-6	-5
1994	5	15	13	-1	8	5
1995	7	13	10	0	4	2
1996	7	13	6	-2	7	-11
1997	7	13	6	-4	7	-10
1998	4	16	7	-6	3	-10
1999	2	19	14	-3	-3	-6
Tschechien						
1990	-1	1	10	-5	-5	
1991	-14	4	57	-26	-26	
1992	-6	3	11	10	10	
1993	1	4	21	4	4	0
1994	3	3	10	8	8	0
1995	5	3	9	8	8	-3
1996	4	4	9	9	9	-8
1997	0	5	9	3	3	-6
1998	-2	8	11	-1	-1	-2
1999	-1	9	2	5	5	-2
Ost- deutschland						
1990	-	-	-		-	
1991	-	-	-		-	
1992	6,1	-	5		12	
1993	8,2	-	4,5		9	
1994	8	14,8	2,6		4	
1995	2,9	13,9	1,8		3	
1996	0,9	15,5	1,3		2	
1997	0	17,7	2		1	
1998	0	17,8	0,9		1	
1999	1	17,3	0,6		0,7	

Abbildung 14: Wirtschaftsentwicklung der Slowakei und Tschechiens 1990-1999. Eigene Darstellung (quellen: <https://wug.akwien.at>, <https://doku.iab.de/>, <https://bpb.de>).

Am 31. Dezember 1992 wurde Tschechoslowakei aufgelöst. Doch wie auf der Tabelle zu sehen ist, das Reformprogramm verursachte in beiden Republiken fast gleiche Auswirkungen.

In 1991 und 1992 verzeichneten sie einen deutlichen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes, rund um 20%. Beide Länder mussten sich noch dazu mit schrumpfenden Reallöhnen und steigender Inflation auseinandersetzen. Aufgrund der veralteten Wirtschaftsstruktur nahm auch die Arbeitslosigkeit in der Slowakei deutlich zu und erreichte am Ende 1991 schon 12%. Ungünstiger als in Tschechien hatten sich auch der Außenhandel und die Budgetlage in der Slowakei entwickelt (Juchler, 2000).

Diese generell nachteilhafte Lage der Slowakei hing mit dem historisch bedingten Rückstand und der einseitigen Industrialisierung während der sozialistischen Periode zusammen. Slowakische Wirtschaft war in diesen Zeiten gefährlich abhängig von einzigem Sektor, und zwar von der Rüstungsindustrie. Rund 65% der tschechoslowakischen Rüstungsindustrie entfiel auf die Slowakei. Die Produktionsstruktur war vor allem von der Schwerindustrie und dem Export in die Ostmärkte abhängig. Nach dem Zerfall der Sowjetischen Union fielen auch die Exportmärkte für die Tschechische und Slowakische Republik weg (Schmögnerová, 2020).

Man muss betonen, dass die slowakische Wirtschaft deutlich stärker auf die östlichen Märkte ausgerichtet war und spürte deshalb die Folgen noch härter. Es ist auch selbstverständlich, dass Slowakei von Tschechien in verschiedenen Hinsichten abhängig gewesen war. Beispielsweise in Bezug auf den Außenhandel. Mehr als die Hälfte der Industrieproduktion wurde nach Tschechien exportiert, während nur ein Viertel der tschechischen in die Slowakei. Deswegen ist es ganz klar, dass die Slowakei von den Trennungsfolgen stärker betroffen war.

Besonders ins Gewicht fiel das Ende einer gemeinsamen Währung mit Tschechien im Februar 1992. Die neue slowakische Währung geriet schnell unter Abwertungsdruck. Wie auf der Abbildung 9 zu sehen ist, blieb die Wirtschaftslage bis 1993 kritisch.

Um die Wirtschaft anzukurbeln, wurden direkte Anreize für ausländische Investoren propagiert. Man kann feststellen, dass die wirtschaftliche Wende vor allem mit der verbesserten ausländischen Nachfrage zusammenhing. Die Exporte stiegen 1994 um über 20%, was zu einer positiven Handels- und Leistungsbilanz führte.

In demselben Jahr ist es gelungen, wie in den meisten osteuropäischen Staaten, eine makroökonomische Wende zu vollziehen. Die Industrieproduktion begann bereits ab dem ersten Quartal wieder zu steigen, die Inflationsrate sank ebenfalls. Die Wachstumsrate des BIP betrug 4,9%, was war sogar mehr als in Tschechien mit nur 2,6%. In dieser Hinsicht gehörte die Slowakei mit Polen zu den Spitzenreitern in Europa.

Trotzdem hatte slowakische Transformation einige Makel, die nur schwer zu beseitigen waren. Slowakische Unternehmen waren stark verschuldet. Die Nettoverschuldung belief sich in 1995 an 23% des BIP, deutlich mehr als in Tschechien und Ungarn. Die Arbeitsproduktivi-

tät in der Industrie stieg in 1995, wuchs aber langsamer als in Ungarn, Polen und Slowenien. Weiteres Handicap stellte die immer noch stark auf die Schwerindustrie ausgerichtete Branchenstruktur dar (Juchler, 2000).

Bis heute ist Slowakei nach wie vor ein stark auf Export orientiertes Land. Aus unserer Sicht bringt diese starke Exportabhängigkeit der Industrie einige Nachteile mit sich, unter Anderem ist es zum Beispiel gefährliche Abhängigkeit von wirtschaftlichem Wachstum der Geschäftspartner, meistens des Deutschlands oder Chinas. Wenn zum Beispiel die deutsche Wirtschaft aus irgendeinem Grund geschwächt würde, würde es sich unbedingt auf der slowakischen Wirtschaft widerspiegeln.

Ein wirklich anziehender Faktor für ausländische Investoren, der die Wirtschaft nach der Trennung wiederbelebt hatte, waren slowakische niedrige Löhne. Eigentlich befand sich nach der Trennung das slowakische Lohnniveau in Mitteleuropa auf sehr niedrigem Niveau.

In meisten Fällen ging es um die ausländischen Investitionen in einem profitablen Montagewerk der Autos oder in der Herstellung von Halbfabrikaten mit dem Zweck der Weiterverarbeitung im Ausland. Industriezweigen wie Maschinenbau, Elektroindustrie und natürlich die Automobilindustrie blühten nach der Trennung beträchtlich und entwickelten sich am dynamischsten. Unternehmen tätig in diesen Feldern entwickelten sich zu einem Motor der slowakischen Wirtschaft. Peinlich aber ist, dass sie im Ausland meistens nur als Zulieferer gelten und müssen sich mit keiner eigenen Forschung und Entwicklung befassen. So wie wir das sehen, schränkt diese Tatsache zu einem gewissen Maß das Wachstum slowakischer Wirtschaft ein.

Slowakei kann sich leider nicht ewig auf die Konkurrenzvorteile verlassen, die ihr das Wachstum nach der Trennung mit Tschechien abgesichert haben. Seit letzten Jahren ist es zu beobachten, dass die Löhne stärker als die Produktivität steigen. Das widerspiegelt sich einerseits in der Erhöhung der Haushaltseinkommen und dem privaten Konsum aber gleichzeitig geht der Konkurrenzvorteil der billigen Löhne in einigen Branchen zurück. Der Kostenvorteil konnte bald für die Investoren nicht mehr relevant sein.

Darüber hinaus müssen wir noch hinzufügen, dass die Automatisierung und Robotisierung auch in großem Maß die slowakische Wirtschaft betreffen können. So läuft Slowakei Gefahr, dass die gewöhnlichen und meist gesuchten Arbeitsplätze in Montage und Produktion in der nahen Zukunft automatisiert werden (atena.sk, 2019).

3.2.2 Gemeinsamkeiten

Die Wirtschaftstransformation beider Länder war unmittelbar mit Einführung der Marktwirtschaft, Privatisierung von Staatsbetrieben und gesamter Modernisierung verbunden. Im Nachhinein lässt sich feststellen, dass sowohl in Ostdeutschland als auch in der Slowakei der wirtschaftliche Transformationsprozess zu einer andauernden wirtschaftlichen Krise führte.

Soweit wir das beurteilen können, war diese Krise in beiden Ländern durch eine sinkende industrielle Produktion und ein negatives Wachstum des Bruttoinlandsproduktes gekennzeichnet.

Die Liberalisierung des Außenhandels bedeutete, dass die einheimische Produktion in Ostdeutschland und in der Slowakei durch die aus dem Westen angefertigten Produkte verdrängt wurde. Das führte in beiden Ländern zu den Massenentlassungen und Betriebsschließungen. Da ihre einheimischen angefertigten Waren nicht mehr nachgefragt wurden, waren beide Länder dazu gezwungen, ihre Industriestruktur umzustellen.

Es gibt keinen Zweifel daran, dass alle diese Ereignisse die Spur an heutigem Stand der beiden Wirtschaften hinterließen. Einerseits ist es Mangel an Zentralen großer Unternehmen. Diese Tatsache hemmt die Wirtschaftsentwicklung beider Regionen, da die Innovationsträger für den wirtschaftlichen Fortschritt sorgen (<https://www.bmwi.de>).

Vielleicht liegt ein solcher Mangel an Unternehmenszentralen teilweise in der sozialistischen Vergangenheit. Damals wurde kaum in expansive, moderne Industriezweige investiert. Man bevorzugte viel mehr die Grundstoffindustrie und die Produktion mit hohem Anteil an Massenfertigung. Nach dem Fall der Eisernen Vorhangs entsprachen solche Produkte nicht den westlichen Anforderungen (Fritsch, Sorgner, Wyrwich, 2015).

Bis heute ist es für beide Länder schwer, neue Zentralen anzulocken. Es ist allerdings zu hoffen, dass solche großen Unternehmen mit ihren Sitzen in Ostdeutschland und in der Slowakei neu gegründet oder sich im Laufe der Zeit entwickeln werden.

Andere Gemeinsamkeit stellt die Einstellung beider Länder zu der Privatisierung dar. Slowakei und Ostdeutschland setzten auf den raschen Verkauf der Staatsbetriebe an private Investoren, im Gegensatz zu beispielsweise Polen, wo die industriellen Kernbranchen wie Bergbau oder Energiewirtschaft in staatlichem Besitz geblieben sind (Peters, 2019).

Noch eine Gemeinsamkeit finden wir erwähnenswert. Ostdeutschland und Slowakei sind durch hohen regionalen Differenzierung gekennzeichnet. Die Großstädte wie Bratislava, Jena oder Leipzig schafften es, ein modernes Wirtschaftssystem zu entwickeln. Dagegen in östlichen Randregionen gibt es beträchtliche Diskrepanzen. Die Gründe dafür sind die schlechte Erreichbarkeit, das relativ geringe Qualifikationsniveau, die Abwanderung, und Dominanz der Landwirtschaft. Alle diese Faktoren machen die unterentwickelten Gebiete uninteressant für ausländische Investoren und verursachen die Stagnation der Wirtschaft (Gorzalak, 2020).

Wir gehen allerdings davon aus, dass die erwähnten Schwierigkeiten typisch für fast jedes sozialistische Transformationsland waren und deuteten darauf hin, dass eine Systemtransformation zwangsläufig einer krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklung bevorsteht. Es wurde offensichtlich, dass man die Transformationskrise erst dann überwunden konnte, wenn sich die Wirtschaft an die neuen Zustände der Marktwirtschaft angepasst hat.

Es wird deutlich, dass es sich in Ostdeutschland und in der Slowakei um die primären und unvermeidbaren ökonomischen Folgen des Transformationsprozesses handelte. Der Transformationsprozess war aber in den beiden Ländern äußerst unterschiedlich. Das behandelt das nächste Unterkapitel.

3.2.3 Unterschiede

Unsere Untersuchung zeigte, dass die beiden Staaten die wirtschaftliche Transformation unter extrem unterschiedlichen Anfangsvoraussetzungen vollziehen mussten. Ostdeutschland profitierte von der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit dem Westdeutschland, die dann im selben Jahr den Höhepunkt am 3. Oktober 1990 erreichte, als beide Staaten wiedervereinigt wurden.

Die Einführung der D-Mark und der Einbezug Ostdeutschlands in das Bankensystem der BRD bedeuteten für das sozialistische Land einen reibungslosen und sofortigen Wechsel des monetären Systems. Dagegen Slowaken mussten nach der Trennung zuerst mit großer Abwertung ihrer neuen Währung kämpfen. Daraus resultierte, dass Ostdeutschland sich im Gegensatz zu der Slowakei nicht mit dem Aufbau von monetärer Stabilität auseinandersetzen und auch keine Auslandsverschuldung in Kauf nehmen musste.

Vor allem ist aber die massive finanzielle Unterstützung durch Westdeutschland hervorzuheben. Nach Berechnungen der Wirtschaftsforschungsinstitute erreichten die Finanztransfers im Zeitraum von 1991 bis 1995 900 Mrd. DM. Vergleicht man diese Summe mit der gesamtwirtschaftlichen Produktion in demselben Zeitraum (1 200 Mrd. DM), scheint das als eine immense Hilfe (Wehling, 2002). Wir glauben, man kann mit Sicherheit sagen, dass die Wiedervereinigung für das Ostdeutschland eine große Chance darstellte, den Wohlstand des Menschen zu vergössen.

Auch im institutionellen Bereich hatte Ostdeutschland einen Vorteil. Während die osteuropäischen Staaten Institutionen erst entwickeln mussten konnte Ostdeutschland die bewährten Institutionen Westdeutschlands übernehmen. Für Ostdeutschland bedeutete es, dass durch die Übernahme der westdeutschen Institutionen ein funktionierendes und vertrauenswürdiges

Staatsystem unmittelbar wirksam war. Das war in der Slowakei gar nicht der Fall. Im Gegenteil, nach der Trennung musste den staatlichen Apparat sozusagen ganz bei null aufgebaut werden. So wurde zum Beispiel die Verfassung mit der heißen Nadel genäht und diese Tatsache bereitet immer noch heute Schwierigkeiten. In einigen Fällen lässt es sich sogar nicht ganz klar bestimmen, was mit der Verfassung vereinbar ist und was nicht.

Bezüglich der Privatisierung gab es auch große Unterschiede zwischen beiden Ländern. In der Slowakei, ähnlich wie in anderen postsowjetischen Staaten, führte die schnelle Privatisierung ohne funktionierende rechtsstaatliche Institutionen dazu, dass das Vermögen des Staates in die Hände der nahestehenden Personen von Premierminister gelangte (Fannrich, 2020). Ein solches Verfahren löste Korruption aus, die bis heute in der Slowakei zum Vorschein kommt und einen großen Vertrauensverlust verursacht.

Slowakei war benachteiligt auch dadurch, dass sie ihre eigenen Geschäftsbeziehungen im Ausland neu aufbauen und sich selbst in der Welt bekannt machen musste. Die Orientierung auf Export spielte dabei eine große Rolle. Um den Außenhandel in Schwung zu bringen, musste sich aber die slowakische Regierung verschiedener, manchmal auch ungünstiger Anziehungsmaßnahmen bedienen. So lockte sie die ausländischen Investoren zum Beispiel mit den Steuervergünstigungen, damit sie ihr Kapital in der Slowakei anlegen würden. Weitere Stärken und Konkurrenzvorteile der Slowakei waren die qualifizierten Arbeitskräfte aus dem Umfeld der Schwerindustrie und niedrige Löhne. Dahingegen die ostdeutschen Löhne und Renten näherten sich sofort nach der Wiedervereinigung dem westdeutschen Niveau.

In Zusammenhang mit den wachsenden Löhnen und der dank der Währungsunion stabilisierten Inflationsrate finden wir beachtenswert noch die Tatsache, dass die Reallöhne in Ostdeutschland trotz der turbulenten Zeiten in 90er Jahren stätig stiegen (Abbildung 9). Reallohn ist ein Maßstab für die Kaufkraft der Löhne, weil sie die Inflationsrate berücksichtigt. In der Slowakei sanken Reallöhne in 90er Jahren, weil die Inflationsrate zu hoch war. Das bedeutete, dass Ostdeutschen sich viel mehr für die gleiche Summe kaufen konnten als die Slowaken.

In Ostdeutschland, wie auf der Abbildung 9 zu sehen ist, stiegen Reallöhne von 1991 bis 1995 um zirka 25 Prozent, auch wenn die Beschäftigung um 15 Prozent zurück ging. Berücksichtigt man auch die Tatsache, dass viele Dienstleistungen in Ostdeutschland billiger waren als im Westdeutschland und auch die Wohnungsmieten deutlich niedriger waren, lässt sich bei den realen Löhnen sogar ein Angleichungsstand von 90 % mit Westdeutschland voraussetzen (Wehling 2002).

Alles in Allem lässt sich feststellen, dass Ostdeutschen in 1990er Jahren stärkere Kaufkraft als die Slowaken erwiesen, auch wenn sie harter von der Arbeitslosigkeit betroffen waren.

Die starke und stabile Währung brachte aber auch einige Nachteile für Ostdeutschen mit sich. Es lohnte sich für ausländische Geschäftspartner nicht mehr, die Waren aus Ostdeutschland zu importieren, weil mit stärkerer Währung die Ware teurer wurde. Wegen dieses großen Konkurrenznachteils fiel die ostdeutsche Exportrate zurück. Diese Ereignisse prägen die ostdeutsche sowie slowakische Wirtschaft bis heute. Aus diesem Grund dominieren zum Beispiel in Ostdeutschland kleine bis mittlere Betriebe, die vor allem für lokale Märkte ihre Produkte herstellen.

Basierend auf die oben genannten Tatsachen plädieren wir dafür, dass die Ausgangssituation bei der Etablierung einer funktionierenden Marktwirtschaft in einem demokratischen Umfeld in Ostdeutschland ganz anders aussah im Vergleich zu der Slowakei.

Während Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung in einer günstigen Lage war und Milliarde Transferzahlungen genießen konnte, befand sich die Slowakei nach der Trennung mit Tschechien unter widrigen Umständen. Und obwohl der Systemwechsel unmittelbar mit der Krisenzeit verbunden seien soll, uns scheint, dass die Wende zum wirtschaftlichen Wachstum in Ostdeutschland schneller passierte als in der Slowakei und andere Transformationsländer in Europa.

Nichtsdestotrotz mussten sich auch Ostdeutschen mit sonderlichen Schwierigkeiten auseinandersetzen, deren Folgen vielleicht bis heute gravierend sind. Sie hatten es zwar leichter als die Slowaken auf materieller Seite, aber menschlich und psychologisch ließ die Abhängigkeit von Westdeutschland jedenfalls Spuren an dem Selbstbewusstsein des Ostdeutschen (Wehling, 2002).

Fazit

Karl Marx und Friedrich Engels gingen in ihrer sozialistischen Theorie davon aus, dass Sozialismus viele soziale und gesellschaftliche Probleme lösen würde. Sie hatten gleichen Wohlstand für alle und eine stetig wachsende Wirtschaftsleistung vor. Doch diese Vorstellungen kamen nie an das Tageslicht. Die wirtschaftlichen Probleme in 1980er Jahren waren in den sozialistischen Ländern kaum zu übersehen. Die Umweltqualität und Infrastruktur waren vielenorts katastrophal. Und als die Sowjetische Union zerfiel, standen alle ehemaligen Mitgliedstaaten ähnlichen krisenhaften Entwicklungen in Folge der wirtschaftlichen Transformation gegenüber.

Angesichts unserer Ergebnisse liegt die Schlussfolgerung nahe, dass sich die neuen Bundesländer sich jedoch schneller von der Transformationskrise erholen konnten, als das in der Slowakei und den anderen Transformationsländern möglich war. Nach der ausführlichen Untersuchung der Ostdeutschen Transformation kamen wir zu dem Schluss, dass diese Tatsache jedoch weniger der „Schocktherapie“ zu verdanken ist, sondern liegt größtenteils in den Vorteilen der wirtschaftlichen Wiedervereinigung mit alten Bundesländern. Von den ersten Tagen an konnte die Wirtschaft der neuen Bundesländer von den Vorteilen eines funktionierenden Marktes profitieren. Slowakei hingegen konnte nicht auf eine fertige und stabile Verfassung zurückgreifen und musste den beschwerlichen Weg zu einer funktionierenden Marktwirtschaft allein antreten.

Dabei sollte jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass auch Ostdeutschen sich auf Verzicht einstellen mussten. Ähnlich wie in anderen transformativen Ländern ging die Produktion zurück, viele Unternehmen mussten schließen und die Arbeitslosigkeit stieg an. Wegen massiver Migration nach Westen wurden Landstriche entvölkert und die verbleibende Bevölkerung immer älter. Dessen Folgen sind sogar bis heute in Ostdeutschland spürbar.

Allerdings führten die umfangreichen Subventionierungen und Transferleistungen vom Westen zu einer Verbesserung der Aussichten. Der Modernisierungsprozess gestaltete die gesamte Wirtschaftsstruktur Ostdeutschlands total um. Es kam zu dem Übergang von einer Industrie- zu der Dienstleistungsgesellschaft. So blieben in den 1990er Jahren nur 20 % der Arbeitsplätze in ostdeutscher Industrie erhalten. Slowakei blieb dagegen auch nach der Wende ein stark auf die Schwerindustrie gerichtetes Land, was eigentlich ihr Wachstum in gewissem Masse hemmte.

Ungeachtet dessen bestehen bis jetzt Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Das Lohngefälle gibt es immer noch, nun verringerte sie sich in den letzten fünf Jahren auf 15%. Verbesserung findet man genauso in der Arbeitsproduktivität (gemessen als BIP pro

Kopf), von 51,2% im 1991 auf knapp 71% im Vergleich zum westdeutschen Niveau. Es gibt sogar eine Wirtschaftsbranche, die bessere Ergebnisse in Ostdeutschland erwirtschaftet als im Westen, und zwar Landwirtschaft. Erwähnenswert ist natürlich auch die Verbesserung der Umwelt in Ostdeutschland. Alle besonders umweltbelastende Betriebe wurden geschlossen und andere ostdeutsche Betriebe umwelttechnisch mit aktuellen Standards ausgestattet. Es ist auch zu bemerken, dass entgegen unserer Erwartungen, die ostdeutschen Frauen noch bessere Lohngerechtigkeit abschneiden, als diejenige in Westdeutschland.

Nimmt man all das zusammen, so wird deutlich, dass die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern in weiten Teilen als erfolgreich anzusehen ist. Was aber nicht befriedigen kann, sind einige Strukturschwächen in den neuen Ländern. Vor allem der ostdeutsche Arbeitsmarkt ist weiterhin ein Dorn im Auge. Große Schwäche Ostdeutschlands sind fehlende Verdienstmöglichkeiten in den Regionen, immer älter werdende Gesellschaft und fehlende Unternehmenszentralen, die die Wirtschaft mit Innovationen nach vorne treiben würden.

Demgegenüber steht allerdings unsere Meinung, dass Geld nicht alles im Leben ist. Man kann den Erfolg einer Gesellschaft nicht nur am Bruttoinlandsprodukt festmachen. In vielerlei anderen Hinsichten erreichte Ostdeutschland sehr viel. Schaut man sich die Zahlen für den privaten Konsum pro Kopf, die Freizeit oder Lebenserwartung genauer an, zeigt sich, dass das Projekt „Aufbau Ost“ ganz gut verwirklicht wurde.

Aufgrund der Ergebnisse unseres Vergleichs mit der Slowakei bieten sich jetzt die Stellungnahme an, dass der Aufbauprozess Ostdeutschlands ökonomisch vor allem wegen der westlichen Dominanz gelang. Slowaken hatten dagegen nach der Trennung von Tschechien während der turbulentesten Transformationszeiten keinen starken Partner an ihrer Seite. So blieben alte Strukturen teilweise erhalten, während etwas Neues mit heißer Naht erschaffen wurde. Folgen der Transformation werden aber auf jeden Fall in beiden Ländern bis heute gravierend.

Abschließend möchten wir nur darauf hinweisen, dass die Abschlussarbeit das gesetzte Ziel, unserer Meinung nach, erfüllte und beide Thesen bestätigte.

Resümee

Po kapitulácii Nemecka v roku 1945 a ukončení druhej svetovej vojny bola v roku 1949 v sovietskej okupačnej zóne založená Nemecká demokratická republika. Jednalo sa o socialistický štát fungujúci na princípe plánovaného hospodárstva. Otcovia komunizmu Karl Marx a Friedrich Engels vo svojej teórii predpokladali, že socializmus vyrieši mnohé sociálne a spoločenské problémy. Predstavovali si rovnakú prosperitu pre všetkých a neustále rastúce ekonomické blaho. Avšak tieto predstavy sa žiaľ nikdy nepretavili do reálneho sveta. Pravdou je, že všetky socialistické štáty, ktoré boli súčasťou Sovietskeho zväzu, sužovali v 80. rokoch podobné ekonomické problémy. Tie sa len ťažko dali prehliadnuť. Ba čo viac, kvalita životného prostredia a infraštruktúra boli na mnohých miestach katastrofálne. A keď sa Sovietsky zväz rozpadol, všetky bývalé členské štáty čakalo rovnako zaťažkávajúce obdobie v dôsledku ekonomickej transformácie.

Pre úplne pochopenie problematiky sme sa rozhodli v teoretickej časti vysvetliť základné pojmy a fungovanie dvoch základných ekonomických systémov, a to socializmu a kapitalizmu. Prvá kapitola práce sa zaoberá vývojom socializmu podľa teórie Karla Marxa a vysvetľuje, ako presne bol koncipovaný plánovací systém vo východnom Nemecku. V nasledujúcej časti sa zaoberáme základnými myšlienkami kapitalizmu. Hlbšie popisujeme ako sa rôznymi spôsobmi rozvíjal na rôznych miestach súčasne. Napokon bližšie definujeme ekonomickú transformáciu, čiže prechod z jedného ekonomického systému na druhý.

Práve ekonomická transformácia východného Nemecka a jeho priblíženie k západonemeckej úrovni za posledných 30 rokov tvorí gro našej praktickej časti. Hlavným cieľom diplomovej práce je komplexne priblížiť čitateľovi transformačný proces východného Nemecka a porovnať ho s priebehom na Slovensku. Pri našom výskume sme vychádzali najmä zo základných ekonomických ukazovateľov akými sú HDP, miera nezamestnanosti či miera inflácie.

Na základe nášho výskumu možno konštatovať, že krátko po zjednotení východného a západného Nemecka bolo východonemecké hospodárstvo v žalostnom stave. Produktivita v roku 1989 predstavovala podľa najoptimistickejších odhadov tretinu západnej produktivity, sortiment tovaru bol nedostatočný, mnohé produkty neboli vôbec dostupné. Navyše čoraz viac narastala inflácia a rapídne ubúdali pracovné príležitosti.

Hoci mohlo východné Nemecko bezprostredne po zjednotení prevziať ekonomický systém, spoločenský poriadok i inštitucionálny rámec západného Nemecka, štátne zjednotenie neznamenal automaticky i vnútornú jednotu. Prínajmenšom z ekonomického hľadiska bol rozdiel medzi západom a východom markantný.

Aby sme dokázali komplexne zhodnotiť transformačný proces východného Nemecka, zamerali sme sa najskôr na jednotlivé sektory nemeckého hospodárstva. Nakoniec sme pomocou metódy syntézy získali komplexný prehľad skúmaných javov.

V rámci nášho výskumu sme dospeli k poznatku, že sa nové východonemecké spolkové krajiny dokázali spamätať z transformačnej krízy rýchlejšie, ako tomu tak bolo na Slovensku a v ostatných tranzitívnych krajinách. Po podrobnom preskúmaní východonemeckej transformácie konštatujeme, že tento fakt nie je spôsobený ani tak „terapiou šoku“, ako výhodami, ktoré pre východonemecké krajiny vyplývali zo zjednotenia so západnými spolkovými krajinami. Ekonomika nových spolkových krajín tak mohla od prvých dní ťažiť z výhod fungujúceho trhu. Naopak Slovensko nemohlo siahnuť po fungujúcej a stabilnej ústave. Ba dokonca po rozdelení Československa sa muselo vydať na namáhavú cestu k fungujúcej trhovej ekonomike na vlastnú päsť.

Nie je však na mieste prepadnúť predstave, že východní Nemci mali cestu k trhovej ekonomike vydláždenú zlatom. Podobne ako v iných tranzitívnych krajinách i vo východnom Nemecku klesla výroba, zatvárali sa podniky a raketovo vzrástla nezamestnanosť. Po otvorení západných hraníc sa v dôsledku masívnej migrácie smerom na západ vyľudnili oblasti a zostávajúca populácia starla. Dôsledky týchto neblahých trendov sú citeľné vo východnom Nemecku, ako aj v ostatných tranzitívnych ekonomikách dodnes.

Rozsiahle dotácie a transferové platby zo západu však viedli vo východnom Nemecku k jasnejším vyhliadkam. Proces modernizácie, dotovaný najmä západnými spolkovými krajinami, úplne pretvoril hospodársku štruktúru východného Nemecka. Spoločnosť, ktorá žila predovšetkým z priemyselnej výroby sa odrazu začala zameriavať na poskytovanie služieb. V 90. rokoch sa zachovalo len 20 % pracovných miest vo východonemeckom priemysle.

Na Slovensku k takémuto prechodu po páde socializmu nedošlo. A tak Slovensko aj po revolúcii naďalej ostalo krajinou výrazne orientovanou na ťažký priemysel, čo do určitej miery dnes brzdí rast krajiny. Avšak po revolúcii bola silne zakorenená história priemyselnej výroby a vysokokvalifikovaná lacná pracovná sila v tejto oblasti obrovskou výhodou, vďaka ktorej sa na Slovensku začali usídľovať zahraničné výrobné podniky.

V rámci nášho výskumu sme sa ďalej utvrdili v tom, že ekonomické rozdiely medzi východným a západným Nemeckom pretrvávajú dodnes. Mzdová priepasť je prítomná i 30 rokov po zjednotení, avšak za posledných päť rokov sa znížila na 15 %. Dochádza tiež k zlepšeniu produktivity práce (HDP na obyvateľa), z 51,2 % v roku 1991 na takmer 71 % v porovnaní so západonemeckou úrovňou. Ba dokonca jedno odvetvie vykazuje lepšie výsledky na východe ako na západe, a tým je poľnohospodárstvo. Za zmienku samozrejme stojí aj zlepšenie životného prostredia vo východnom Nemecku. Všetky obzvlášť znečisťujúce spoločnosti

boli zatvorené a ostatné východonemecké spoločnosti dnes vykonávajú svoju činnosť v súlade s najnovšími environmentálnymi normami. Treba tiež poznamenať, že mzdové rozdiely medzi pohlaviami sú priepastnejšie v starých spolkových krajinách ako na východe.

No i napriek vyššie uvedenému pozitívnemu vývoju existuje stále mnoho oblastí, v ktorých východné Nemecko zaostáva. Trňom v oku je predovšetkým východonemecký pracovný trh, ktorý sužuje starnúce obyvateľstvo a nedostatok pracovných príležitostí v regiónoch. Tak isto na východe chýbajú sídla veľkých firiem, ktoré by svojím výskumom a vývojom poháňali východonemeckú spoločnosť vpred. Obzvlášť posledný faktor predstavuje nevýhodu i na Slovensku.

Ďalšou slabou stránkou východného Nemecka je nedostatočný export. Avšak táto nedostatočná orientácia na export pramení z rozhodnutí, ktoré spolková vláda prijala bezprostredne po zjednotení. Aby zabránili vysokej inflácii východonemeckej marky, zaviedli západonemeckú marku ako platidlo i na východe. Vtedajším zahraničným partnerom sa však už potom neoplatilo odoberať východonemecké produkty za ceny prekonvertované na západonemeckú marku, a tak začal východonemecký export klesať. Opačná situácia nastala po prevrate na Slovensku. Nová slovenská mena bola po rozdelení s Českou republikou výrazne podhodnotená, a aj preto bol pre krajinu export veľmi výhodný, resp. pre zahraničných partnerov. I na základe týchto skutočností sa odlišne vyvíjali ekonomiky oboch krajín počas nasledujúcich desaťročí.

Avšak i kvôli slabého odbytu východonemeckých produktov v zahraničí je dnes východonemecká ekonomika na úrovni západu z roku 1985. My však zastávame názor, že o blahobyte krajiny nerozhoduje len ukazovateľ HDP samotný. V mnohých iných ohľadoch vykazuje východné Nemecko skokový pokrok. Ak sa bližšie pozrieme na ostatné ukazovatele blahobytu, akými sú napr. priemerná spotreba na obyvateľa, priestor pre voľný čas či priemerná dĺžka života, je jasné, že východné Nemecko dobieha západ, ba dokonca je jeho rovnocenným partnerom. Preto si dovoľíme tvrdiť, že hoci ekonomicky východ Nemecka zatiaľ nedobehol západ, hospodársku obnovu nových spolkových krajín možno i tak považovať za úspešnú.

Kvôli štrukturálnym nedostatkom východného Nemecka, ktoré sme uviedli vyššie, si však dovoľíme tvrdiť, že na rozdiel od neustáleho porovnávania so západom je jeho porovnanie s inou tranzitívnou ekonomikou vhodnejšie. Na základe výsledkov nášho porovnania so Slovenskom konštatujeme, že proces budovania východného Nemecka bol úspešný a to predovšetkým vďaka západnej dominancii. Slováci sa naopak nemohli spoľahnúť po odlúčení od Česka počas turbulentných čias transformácie na žiadneho silného partnera. Čiastočne to znamenalo v čias transformácie zachovanie starých štruktúr, a čiastočne i to, že nové štruktúry sa šili horúcou ihlou.

Na záver už len podotýkame, že práca podľa nášho názoru splnila stanovený cieľ a potvrdila obe tézy. Zjednotenie Nemecka veľmi pomohlo východnému Nemecku pri jeho transformácii, zatiaľ čo transformácia Slovenska bola rozhodom s Českou republikou o to ťažšia.

Literaturverzeichnis

BALTENSPERGER, Ernst. Fünfzig Jahre deutsche Mark: Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948. München. C.H.Beck Verlag. 1998. 876 S. ISBN 3406436595.

BECKER, Heinrich - MOSER, Andrea. Jugend in ländlichen Räumen zwischen Bleiben und Abwandern. Lebenssituation und Zukunftspläne von Jugendlichen in sechs Regionen in Deutschland. Johann Heinrich von Thünen-Institut. Braunschweig. 2013. ISBN 978-3-86576-117-0.

BUSCH, Ulrich. Am Tropf – Die Ostdeutsche Transfergesellschaft. Trafo. 2002. 414S. ISBN 3896263641.

FULCHER, James. Kapitalismus. Stuttgart. der Phillipp Reclam jun. GmbH & Co., 2007. 190 S. ISBN 9783150183977.

HAASE, Eric. Das Wirtschaftssystem der DDR – Eine Einführung. Berliner Wissenschaftsverlag. 1990. ISBN: 3870613424.

HAYEK, Friedrich August. Competition as a discovery procedure. The Quarterly Journal of Austrian Economics 5(3), S. 9-23. 1968.

HAYEK, Friedrich August. The Fatal Conceit: The Errors of Socialism, Abingdon-on-Thames: Routledge. 1988. ISBN 9780415041874.

HESKE, Gerhard. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland 1970 bis 2000. Neue Ergebnisse einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Historical Social Research. Vol. 30. 2005. S. 238-328. ISSN 0172-6404.

HODGSON, Geoffrey. Is Socialism Feasible?. Towards an Alternative Future, Institute for International Management, Loughborough University London, UK. 2019. ISBN: 978 1 78990 161 0.

KEYNES, John Maynard. Obecná teorie zaměstnanosti, úroku a peněz. John Maynard Keynes. Verlag Cicero. 2020. 352 S. ISBN 9788027073993.

KLOTEN, Norbert. Die Transformation von Wirtschaftsordnungen: theoretische, phänotypische und politische Aspekte. Tübingen. Mohr Siebeck Verlag. 1991. 46 S. ISBN 9783161457784.

LÖSCH, Dieter. Sozialistische Wirtschaftswissenschaft. Hamburg. 1987. ISBN:9783878953241.

MARX, Karl, ENGELS, Friedrich. Das Manifest der kommunistischen Partei. Hamburg 2008. ISBN: 9798639058233.

NIEMIETZ, Kristian. Sozialismus. Die gescheiterte Idee die niemals stirbt. FinanzBuch Verlag. München. 1. Auflage. 2019. ISBN 978-3-95972-440-1.

OBST, Werner. DDR-Wirtschaft: Modell und Wirklichkeit. Hamburg Hoffmann und Campe. 1973.

PILZ Frank. Das System der sozialen Marktwirtschaft: Konzeption, Wirklichkeit, Perspektiven. München. Ernst Reinhardt Verlag. 1974. 146 S. ISBN 3497007277.

SEDLAČKO, Michal. Komparatívne ekonomické systémy. Bratislava: Vydavateľstvo EKONÓM, 2003. 134 s. ISBN 80-225-1703-8.

SCHMIDT, Joseph - BUHR, Daniel. Wirtschaftspolitik. 2. Auflage. Paderborn. Brill Schöningh Verlag. 2015. 372 S. ISBN 3825244741.

SMITH, Adam. Reichtum der Nationen. Paderborn: Voltmedia GmbH, 2004. 992 S. ISBN 13: 9783937229355.

STARITZ, Dietrich. Geschichte der DDR 1949-1990. Frankfurt am Main: Suhrkamp. Band 11. 1997.

ŠIK, Ota. Wirtschaftssysteme: Vergleiche – Theorie – Kritik. Berlin 1987. ISBN: 9783642718632.

WEBER, Hermann. Die DDR 1945-1990. München: Oldenbourg 4. 2006. ISBN 3486523635.

WEHLING, Hans-Georg. Deutschland Ost - Deutschland West. Eine Bilanz. Opladen: Leske + Budrich, 2002. S. 237. ISBN 978-3-8100-3074-0

Internetquellen

Bundesamt fuer Naturschutz: Grünes Band. <https://www.bfn.de/gruenes-band>.

Bundesinformationszentrum Landwirtschaft. Was wächst auf Deutschlands Feldern? o. J.
Verfügbar unter: <https://www.landwirtschaft.de>.

Bundesministerium fuer Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz:
Umweltpolitik in der DDR. 05.09.2019. <https://www.umwelt-im-unterricht.de>.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz: 25
Jahre Nationalparkprogramm der DDR. 10.09.2015. <https://www.bmu.de>.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi): Industrielle Entwicklung in
den neuen Bundesländern. <https://www.bmwi.de>

Bundeszentrale für politische Bildung. Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen. 28.11.2020.
<https://www.bpb.de>

Europäische Kommission: Der grüne Deal fuer Deutschland.
<https://germany.representation.ec.europa.eu>.

FANNRICH, Isabel. Wandel in Mittel- und Osteuropa erzeugte Schräglage. 24.09.2015.
<https://www.deutschlandfunk.de/>.

FRITSCH, Michael - SORGNER, Alina - WYRWICH, Michael. Die Entwicklung der Wirtschaft in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung. Gesellschaft • Wirtschaft • Politik (GWP) Heft 2. 2015. S. 225-238 verfügbare unter: <https://m-fritsch.de>

GORZELAK. Grzegorz. Blick nach Osten. Eine regionale Betrachtung. 2020.
<https://www.eib.org>. ISBN 978-92-861-4723-4.

HAAS, Hans Dieter - HESS, Martin. Struktur und Entwicklung der deutschen Außenwirtschaft. <http://archiv.nationalatlas.de>

HEIMPOLD, Gerhard. Zwischen Deindustrialisierung und Reindustrialisierung Die ostdeutsche Industrie – ein Stabilitätsfaktor regionaler Wirtschaftsentwicklung? 10.11.2010.
<https://www.bbsr.bund.de>

HOLTEMÖLLER, Oliver. 30 Jahre nach der Wiedervereinigung hat das Bruttoinlandsprodukt als Indikator ausgedient. Wirtschaftsdienst. Heft 13. 2021. <https://www.wirtschaftsdienst.eu>.

Chomsky, Noam. The Soviet Union versus Socialism. Our Generation, Spring/Summer Issue.1986. <https://chomsky.info/1986>.

Institut für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung: Naturschutz im Zeitraum 1982 bis 1990. <https://www.hs-nb.de>.

JUCHLER, Jakub. Der Transformationsprozess in der Slowakei. Auf Umwegen nach Europa?. 26. Jahrgang (2000). Heft ISSN 3 01501 65-2424. <https://wug.akwien.at/>.

KETZMERICK. Thomas. Der Mangel an Fachkräften 20.08.2020. <https://www.bpb.de>.

KINKARTZ, Sabine: Soziale Marktwirtschaft war gestern. Deutsche Welle. Berlin. 26.01.2022. <https://www.dw.com>.

KOTOUČOVÁ, Ditta. Německo je i po 30 letech rozdělené, mezi západem a východem je řada rozdílů. 17. 9. 2020. <https://www.idnes.cz>.

KÜHNERT, Kevin. Kühnert will Kollektivierung von BMW, Der Spiegel, Mai 2019 <https://www.spiegel.de>.

Manage it: Ökologischer Fußabdruck. Die Welt ist nicht genug 15. 8. 2017 <https://ap-verlag.de>.

MARIN, Dalia. Ostdeutschland: Wiedergeburt der Industrie. Wirtschaftsdienst. 100. Jahrgang, 2020 · Heft 10 · S. 733. Verfügebar unter <https://www.wirtschaftsdienst.eu>.

MARTENS, Bernd. Lange Wege der Deutschen Einheit. Landwirtschaft in Ostdeutschland: der späte Erfolg der DDR. veröffentlicht am 25.08.2020. <https://www.bpb.de>.

MARTENS, Bernd. Der entindustrialisierte Osten. 28.05.2020. <https://www.bpb.de>

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit. Berlin. Juli 2021. <https://www.bmwi.de>.

NEUHAUS, Carla. So unterschiedlich entwickelt sich die Wirtschaft in Ost und West. 08.11.2019. <https://www.tagesspiegel.de>.

o. A. Deutschland. Entwicklung des Außenhandel. 16.04.2021. <https://www.bpb.de>

o. A. Welche Auswirkungen hat die industrielle Revolution 4.0 auf den Arbeitsmarkt? 11.12. 2019. <https://atena.sk/blog/de>.

ORTH, Martin. Das Import-Export-Einmaleins. 11.06.2021. <https://www.deutschland.de>

PETERS, Florian. Der Westen des Ostens. Ostmitteleuropäische Perspektiven auf die postsozialistische Transformation in Ostdeutschland. 18. 03. 2019. <https://zeitgeschichte-online.de/>.

PRAVEC, Josef. Před 30 lety se spojilo Německo, dodnes se však rozdíly nesmazaly. 1.10.2020. <https://ekonom.cz/>.

REGEV, Dana. Deutsche Wiedervereinigung: Was Ost und West noch trennt. Stand am 03.10.2020. <https://www.dw.com>.

REICHEL, Andreas. Zur Rohstoffbasis der DDR und den Einfuhren sowjetischen Erdöls. <http://offen-siv.kommunistische-geschichte.de/>

RICHARD, Anselm. 30 Jahre Wiedervereinigung: Wo steht die Landwirtschaft in Ost und West? Wochenblatt. Landwirtschaftsverlag GmbH. Veröffentlicht am 22.09.2020. <https://www.wochenblatt.com>

ROEBENACK, Silke. Der lange Weg zur Einheit. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Ost- und Westdeutschland 15.10.2020 <https://www.bpb.de>.

RÖHL, Klaus-Heiner. 30 Jahre Wiedervereinigung. Institut der deutschen Wirtschaft. September 2020. ISSN 1864-810X.

Schlußbericht der Enquete-Kommission: Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit. Bonner Universitäts-Buchdruckerei. Bonn. 13. Wahlperiode.

SCHMÖGNEROVÁ, Brigita. Die dreifache Transformation der Slowakei. Der aufwändige und langwierige Weg zu einem modernen Staat. 22.10.2020. <https://www.rosalux.de>.

VAUT Simon. Lesebuch der sozialen Demokratie 2. Wirtschaft und soziale Demokratie. 4. Auflage. Bonn. Druckerei Brandt GmbH. 2018. ISBN 978-3-95861-937-1. Verfügbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/14682.pdf>

Wikipedia: Marxistische Wirtschaftstheorie. <https://www.de.wikipedia.org>.

Wikipedia: Zentralverwaltungswirtschaft. <https://www.de.wikipedia.org>.

Wolff, Richard (2002): USSR strayed from communism, say Economics professors. <https://www.umass.edu>.